

Zeitung der Marxisten in SPD, Jusos und Gewerkschaften

Nr. 146 - November 1992

1,- DM - Solidaritätspreis: 3,- DM

Einfrieren der Sozialhilfe, Verschiebung der Bafög-Anhebung, 25prozentige Kürzung der Sozialhilfe für Asylbewerber, neue Steuererhöhungen - das ist nur der Anfang von dem, was Waigel und Co. in der nächsten Zeit noch mit uns vorhaben. Kohl will, daß wir uns auf „härtere Zeiten“ einstellen. Die Unternehmer planen die Vernichtung von zehntausenden von Arbeitsplätzen.

Die deutsche Wirtschaft rutscht unaufhaltsam in die Rezession ab. In Ostdeutschland sind alle Hoffnungen auf eine wirtschaftliche Erholung zerschlagen worden. Nach der Vernichtung der Hälfte aller Industriearbeitsplätze stehen weitere Entlassungen in Maschinenbau und Stahlindustrie an.

Kampf gegen Entlassungen

Nach Angaben des Verbandes Deutscher Maschinen und Anlagenbau (VDMA) sind im Maschinenbau allein im Westen 80.000 Arbeitsplätze bedroht, im Osten wegen des Wegfalls der osteuropäischen Märkte mindestens 30.000.

In der Autoindustrie sollen in den nächsten Jahren mindestens 200.000 Arbeitsplätze - fast jeder dritte - vernichtet werden. VW, Audi, Ford, Porsche und Mercedes kündigen Kurzarbeit oder verlängerte Weihnachtssferien an.

Die europäischen Stahlproduzenten werden im nächsten Jahr 50.000 Arbeitsplätze vernichten, in Deutschland mindestens 25.000, davon 10.000 in Ostdeutschland.

In den Aufschwungjahren konnten die Unternehmer ihre Gewinne durch verstärkte Arbeitshetze, Überstunden und Rationalisierung massiv steigern. An der Vereinnahmung der DDR haben sich Bosse und Banker eine goldene Nase verdient.

Jetzt sagen sie, daß wir für weniger Geld länger arbeiten sollen, um „unserem“ Betrieb bzw. „unserer“ deutschen Wirtschaft zu helfen. Auch Entlassungen sollen angeblich für Sicherung der verbleibenden Arbeitsplätze gut sein.

In Wirklichkeit sollen wir in einen Konkurrenzkampf mit den anderen KollegInnen in unserer Branche in Deutschland und international gehetzt werden, bei dem nur die Unternehmer gewinnen können. Sie wollen, daß wir uns gegeneinander ausspielen lassen und uns gegenseitig mit unseren Zugeständnissen überbieten.

Die Gewerkschaften dürfen da nicht mitmachen. Sie müssen den Kampf für den Erhalt aller Arbeitsplätze, für ausreichende Lohnsteigerungen und für gleichen Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West führen.

Offensive gegen die Kohl-Regierung

Die Kohl-Regierung hat es mit einigem Erfolg geschafft, die Asylbewerber für die sozialen Probleme verantwortlich zu machen. Sie gibt so den Nazi-Banden die Rückendeckung für ihren täglichen Terror.

Dieses Ablenkungsmanöver war nur möglich, weil die Führer von SPD und Gewerkschaften die Regierung stützen anstatt

Ausländische und deutsche ArbeiterInnen und Jugendliche:

Gemeinsam gegen sozialen Kahlschlag und Rassismus

sie zu stürzen. Der angekündigte „heiße Herbst“ war nicht mehr als ein laues Lüftchen, und jetzt wollen die Führer des DGB den „Solidarpakt“ mit der Regierung festklopfen.

Die blinde Anarchie der Marktwirtschaft bedroht die Existenz von Millionen von ArbeitnehmerInnen. Aber die Führer von SPD und Gewerkschaften haben sich mit dem kapitalistischen System ausgesöhnt, sie verteidigen es, koste es (uns), was es wolle.

Wir fordern von SPD und Gewerkschaften eine Offensive gegen die Angriffe von Kohl und Unternehmern. Dieser Kampf muß mit dem Kampf für eine demokratische und sozialistische Gesellschaft verbunden werden, in der nicht die Profitinteressen weniger Millionäre sondern die Bedürfnisse der Masse der Bevölkerung zählen.

Nur wenn die Arbeiterbewegung den gemeinsamen Kampf von deutschen und ausländischen ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen gegen die wirklichen Schmarotzer, die Spekulanten und Großkapitalisten, organisiert kann auch den rassistischen Spaltungsmanövern der Regierung der Boden entzogen werden.



ArbeiterInnen in den neuen Ländern sind bereit, um Ihre Arbeitsplätze zu kämpfen: Diese Blockade des Werkseingangs der Märkischen Faser in Premnitz am 25. September erreichte die (vorläufige) Rücknahme von 2000 Kündigungen.

Kampf dem Nazi-Terror

(Siehe Seite 12)

Zum Tod von Willy Brandt

27. April 1972: Die ganze Schule hat frei, sitzt in der Aula versammelt und guckt Fernsehen: Debatte über das Mißtrauensvotum gegen Willy Brandt. Großer Jubel, als das Ergebnis bekanntgegeben wird. Die Nachrichten berichten über spontane Sympathie-Streiks im Ruhrgebiet.

Der darauffolgende Wahlkampf im Herbst 1972 war ein „Willy-Wahlkampf“, mit einer Mobilisierung der Mitglieder und Anhänger, wie es sie seitdem kein zweites Mal gab. Plaketten mit „Willy wählen“ auf vielen Manteltragen. Verkäuferinnen in Kaufhäusern, Arbeiter in Betrieben mit Ansteckern „Mein Herz schlägt links“ und „SPD – was denn sonst“; Verbote der politischen Propaganda am Arbeitsplatz, die Aufkleber der SPD prangen auf VW-Käfern, die der CDU auf Nobel-Karos. Die Klassenpolarisierung im Wahlkampf war nicht zu übersehen. Die Wahlen brachten das beste SPD-Ergebnis der Nachkriegszeit (45,8%). Die absolute Mehrheit wäre ohne Weiteres drin gewesen, hätte es da nicht die Leihstimmen-Kampagne der Parteien gegeben.

Die Begeisterung für Willy Brandt brachte den Wunsch nach grundlegender Veränderung und besserer Zukunft gerade auch der Jugend zum Ausdruck: Zwei Drittel der Erst- und Jungwähler gaben der SPD ihre Stimme, rund 100.000 Eintritte im Juso-Alter waren 1972 zu verzeichnen, darunter auch meiner.

Was die Gegner an Willy Brandt auszusetzen hatten, nahm uns gerade für ihn ein. In den Attacken der Rechten bis Rechtsaußen fehlte nie der Hinweis auf „Herbert Frahm“, auf den Emigranten, auf die „norwegische Uniform“. Für uns waren das gerade Gründe, hinter ihm zu stehen. Wir verehrten den Antifaschisten, der nicht mitgemacht, sondern die Nazis bekämpft hatte, der mit 19 Jahren emigriert war, um diesen Kampf vom Exil aus weiterzuführen. Den Linksozialisten, der 1931 mit dem Banner „Republik das ist nicht, die Sozialisten, das Ziel“ marschierte, der 1932 aus der SPD austrat, weil die Parteiführung im Begriff war, kampflös vor den Nazis zu kapitulieren.

Den Willy Brandt der 50er Jahre, Frontstadt-Bürgermeister und strikt pro-amerikaner, den Willy der 60er Jahre, pragmatisch und auf Kurs der Großen Koalition. Beides hätte uns sicher stützig gemacht. Für uns ging der junge Emigrant bruchlos in den „Friedens- und Reformkanzler“ über, der vermeintlichen Aufbruch in eine neue Gesellschaft symbolisierte.

Doch nach der anfänglichen schwingvollen Reformphase lernten wir auch den Willy kennen, der den Jusos auf dem Saarbrücker Parteitag 1973 entgegenrief: „Was soll das auch für eine revolutionäre Gesinnung sein, die in erloschene Vulkane pustet. Sie wirbelt nur Staub auf.“ Den Willy, der die Berufsverbote mit einführt, der sich 1973 mit den Gewerkschaften, besonders der ÖTV anlegte.

Zwar ist der Reform-Stopp, die Entfremdung der Regierungs-SPD von linken Wählern und Jugendlichen vor allem mit dem Namen Helmut Schmidt verbunden. Doch rückblickend ist klar, daß es auch unter einer fortgesetzten Kanzlerschaft Brandts nicht grundlegend anders gelaufen wäre. Die gesamte Parteiführung war nicht bereit, sich mit den Herrschenden anzulegen, sondern beugte sich innen- wie außenpolitisch den Sachzwängen des Kapitalismus. Es folgten Ernüchterung und Abkehr von der SPD, die Entstehung außerparlamentarischer Bewegungen wie der Anti-AKW- und Friedensbewegung, aus denen schließlich die Grünen als „Kind der sozial-liberalen Koalition“ (Eppler) hervorgingen.

In entscheidenden Fragen warf der Parteivorsitzende Brandt seine Autorität in die Waagschale, um der Regierung Schmidt den Rücken frei und die innerparteiliche Unzufriedenheit im Zaum zu halten; niemand sonst hätte dies vermocht. Wie er selbst in seinen „Erinnerungen“ schreibt: „Keine vierzehn Tage wäre ein Sozialdemokrat Regierungschef geblieben, hätte ich als Parteivorsitzender ihn für untragbar gehalten.“ Auch beim umstrittenen NATO-Doppelbeschluss wäre Schmidt bei den entscheidenden Parteitagen „die Mehrheit versagt geblieben, hätte ich sie ihm nicht sichern helfen.“ Was ihn andererseits aber auch nicht daran hinderte, später auf einer der großen Kundgebungen der Friedensbewegung zu sprechen. Diese Kombination von rechtssozialdemokratischer Politik mit Linken Gesten zieht sich durch einen beträchtlichen Teil seines politischen Lebens, bis hinein in seinen zuweilen wolkig anmutenden Sprachstil, offen für vielerlei Interpretation.

Zweimal ist Willy Brandt „rechtzeitig“ zurückgetreten und hat damit den Schaden für sein Ansehen begrenzt: als Kanzler 1974 und als Parteivorsitzender 1987. Beide Male waren die vordergründigen Anlässe eher grotesk und dazu angetan, die eigentlichen Ursachen zu überdecken. Nein, es war wohl nicht Guillaume, der den Wechsel im Kanzleramt erzwang, sondern schon eher naheliegende Kreisläufe, Herberkshofner Kämpfe, zunehmender Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit der Regierung die Zeit für ein arbeitsteiliges Vorgehen gekommen sah: Schmidt für das härter werdende Regierungsgeschäft, Willy als Integrationsfigur für den Zusammenhalt der Partei.

Und es war auch nicht die Personalie um die von Willy vorgeschlagene und nicht akzeptierte Pressesprecherin Mathiopoulos, die zum Rücktritt vom Parteivorsitz führte, sondern die vorangegangene schwere Wahlniederlage nach einem katastrophalen Wahlkampf, die Orientierungslosigkeit der Partei und das Auftrüben einer akademischen und allzu wendigen „Modernisierer“-Riege, die das Zepter längst übernommen hatte.

Mit Willy Brandt starb einer der letzten prominenten SPD-Politiker, der noch aus der Arbeiterbewegung kam, einen Bezug zu ihr hatte. Er personifizierte beide Seiten der sozialdemokratischen Medaille. Einerseits Hoffnungen und Erwartungen, vor allem von Arbeitnehmern und Jugendlichen, auf tiefgreifende Gesellschaftsveränderung. Andererseits aber auch Halbherzigkeit und Inkonsistenz eines reformerischen Politikansatzes, der vor den Grenzen des kapitalistischen Systems haltmacht.

Angela Bankert, Köln

SPD-Sonderparteitag am 16./17. November in Bonn

Stoppt den Ausverkauf!

Der SPD-Vorsitzende Engholm hat sich mit seinem Votum für die Grundgesetzänderung in Sachen Asyl ein gutes Stück verrechnet. Der Widerstand der Basis gegen den geplanten Ausverkauf war stärker als erwartet.

Eine SPD-Untergliederung nach der Änderung des Grundgesetzes nach der Änderung des Artikels 16 ausgesprochen. Damit zeigt sich, daß die SPD im Vergleich zu anderen sozialdemokratischen

Parteien in Europa noch eine relativ lebendige Partei ist, die nicht einfach von oben auf Linie gebracht werden kann.

Eigentlich wäre es daher eine klare Sache, daß Engholm auf dem Parteitag eine Niederlage erleidet und zurücktreten müßte. Aber die Parteiführung wird alle Tricks und Drohungen benutzen, um mit heiler Haut davonzukommen. Der SPD-Bundesgeschäftsführer Blesing hat bereits öffentlich betont, daß die Delegierten des Bundesparteitags nicht an die Entscheidungen der Bezirke gebunden seien. Klose und Co. waren vor der drohenden Zerreißprobe und vor der „Beschädigung“ Engholms. Aber die Verteidigung der Rechte von Flüchtlingen ist wichtiger als jeder Kanzlerkandidat.

„Linke“ kompromißbereit

Der Katastrophenkurs der SPD-Führung hat bereits lange vor dem Sonderparteitag begonnen, nicht zuletzt mit der Zustimmung zum Verfahrensbeschleunigungsgesetz und zum Gesetz über die Einrichtung von Sammellagern im Frühjahr. Die Grundlage für den Opportunismus der SPD-Spitze ist, daß sie bedingungslos den Kapitalismus verteidigt und sich den sogenannten „Sachzwängen“ beugt. So genanntes „Zuweitern“ Umverteilung von unten nach oben und die die Politik der Regierung, Zuwanderer verantwortlich für soziale Problem zu machen, mizutragen.

Demo zum Parteitag

Am 14. November findet in Bonn anlässlich des SPD-Parteitags eine bundesweite Demonstration gegen die Änderung des Artikels 16 statt. Außerdem: Dauerprotest während des Sonderparteitags am 16./17. 11. vor der Beethovenhalle, Bonn.

Auf diesem Parteitag gäbe es die Chance für eine personelle und politische Wende. Aber auch die Gegner einer Grundgesetzänderung haben keine prinzipiell andere Politik anzubieten und sind deshalb in der Asylfrage inkonsequent. Die Diskussion um die verschiedenen Positionen reduziert sich nur noch darauf, ob man für die Bekämpfung des „Asylmißbrauchs“ nun eine Grundgesetzänderung brauche oder nicht.

Darum ist es keine Überraschung, daß viele „Linke“ kompromißbereit sind. Zuletz Gerhart Schröder. Auf der anderen Seite tut es dann auch dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Klose nicht weh, für Flüchtlinge aus „sicheren Herkunftsländern“ nicht mehr den Ausschluß vom Asylverfahren, sondern „nur“ ein beschleunigtes Verfahren zu fordern.

Hans-Jochen Vogel, der von Anfang an gegen Engholms Votum war, verbindet seine Kritik an der „Fixierung auf die Grundgesetzänderung“ mit der Kritik daran, daß in den letzten ein- und einhalb Jahren von 210.000 abgelehnten Asylbewerbern nur 8.000 abgeschoben wurden (siehe nebenstehender Artikel, „Massenhafter Asylmißbrauch?“).

„harmlose“ Grundgesetzänderung fassen, bei dem er selbst und Engholm, aber auch die führenden Gegner einer Grundgesetzänderung ihr Gesicht wahren können. Die Details werden dann zwischen Regierung und SPD-Spitze ausgekungelt.

„harmlose“ Grundgesetzänderung fassen, bei dem er selbst und Engholm, aber auch die führenden Gegner einer Grundgesetzänderung ihr Gesicht wahren können. Die Details werden dann zwischen Regierung und SPD-Spitze ausgekungelt.

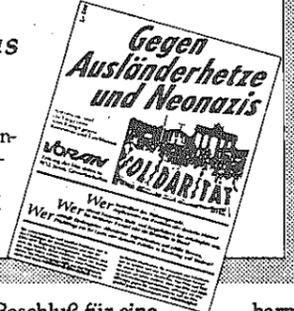
„harmlose“ Grundgesetzänderung fassen, bei dem er selbst und Engholm, aber auch die führenden Gegner einer Grundgesetzänderung ihr Gesicht wahren können. Die Details werden dann zwischen Regierung und SPD-Spitze ausgekungelt.

„harmlose“ Grundgesetzänderung fassen, bei dem er selbst und Engholm, aber auch die führenden Gegner einer Grundgesetzänderung ihr Gesicht wahren können. Die Details werden dann zwischen Regierung und SPD-Spitze ausgekungelt.

Argumente...

... und ein Programm zum Kampf gegen Rassismus und Faschismus

8 Seiten DIN A4, Preis 1,- DM bei Einzelbestellungen an die Redaktion bitte Briefmarken (+1,- DM Porto) beilegen



„harmlose“ Grundgesetzänderung fassen, bei dem er selbst und Engholm, aber auch die führenden Gegner einer Grundgesetzänderung ihr Gesicht wahren können. Die Details werden dann zwischen Regierung und SPD-Spitze ausgekungelt.

Der Kampf geht weiter

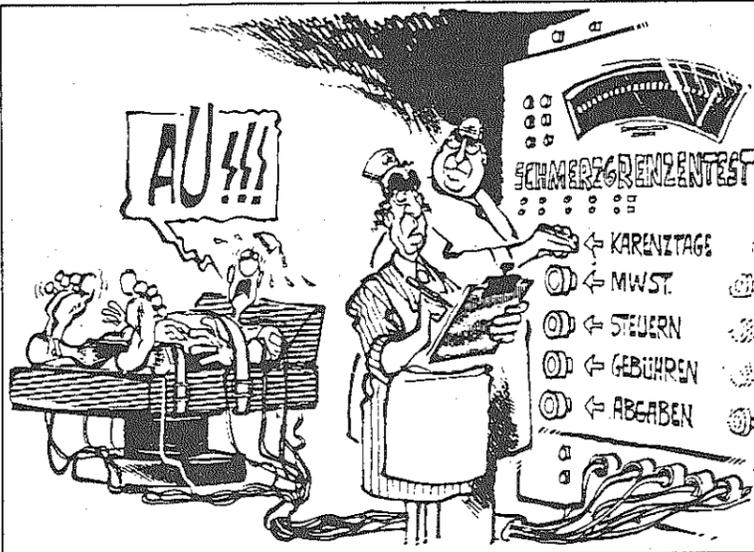
Im Zweifelsfall wird man einfach versuchen, die Parteitagbeschlüsse zu ignorieren. Darum muß auch nach dem Sonderparteitag der innerparteiliche Druck aufrechterhalten werden, um den Rechtskurs der Führung zu stoppen.

Unabhängig von den Beschlüssen des Parteitags und dem weiteren Verhalten der Führung ist eines ist schon jetzt klar geworden: Die SPD-Basis ist nicht mit dem Funktionsapparat gleichzusetzen.

Auch wenn der Parteitag in irgendeiner Form für eine Grundgesetzänderung stimmt, wird Engholm doch zumindest einen Schuß vor den Bug bekommen haben.

Nach wie vor gehört die SPD nicht der rechten Führung, sondern den Arbeitnehmern und Jugendlichen, die sie als offensive Vertretung ihrer Interessen gegen Kohl und die Unternehmer brauchen. Der Kampf für eine sozialistische Erneuerung der SPD geht weiter.

Ulf Petersen, Köln
Jungsozialist



„Noch'n kleinen Dreh weiter, bißchen zurück wieder...“

Unser Anti-Kohl-Programm

VORAN ist der Meinung: Millionen sind stärker als Milliardäre.

VORAN fordert die SPD- und Gewerkschaftsführungen auf, jede Zusammenarbeit mit der Regierung einzustellen und unter dem Motto „Kohl muß weg“ gegen Kohls Kabinett und die Bosse mit folgenden Forderungen zu mobilisieren:

- ★ Kein weiterer Sozialabbau
- ★ Hände weg von Asylrecht
- ★ Stopp aller Privatisierungen.
- ★ Arbeit für alle; gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West.
- ★ Garantiertes Mindesteinkommen (einschließlich Renten)

von 1800 DM netto für alle ab 18 Jahre

- ★ Weitere Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich
- ★ Bezahlbare Wohnungen für alle
- ★ Weg mit Seehofers Gesundheitsreform
- ★ Pflegeversicherung auf Kosten der Unternehmer
- ★ Keine militärischen Einsätze der Bundeswehr, auch nicht unter UNO-Schirmherrschaft
- ★ Sofortige Neuwahlen, da die Regierungskoalition keine Mehrheit mehr in der Bevölkerung hat
- ★ Für eine SPD-Regierung, die

eine sozialistische Politik durchführt: Ran an die 680 Milliarden, die die deutschen Unternehmer die flüssigen Mittel auf ihren Konten angesammelt haben. Schluß mit der Diktatur von Banken und Großkonzernen: Verstaatlichung der 200 größten Banken, Versicherungen und Konzerne unter demokratischer Kontrolle von Beschäftigten und Gewerkschaften.

- ★ Aufbau einer demokratisch geplanten Wirtschaft, in der nicht die Profite der Millionäre, sondern die Interessen von Millionen entscheiden.

VORAN

zur
sozialistischen
Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften. Erscheint seit 1973.
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortliche Redakteurin: Angela Bankert.
Redaktionsanschrift:
VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Tel. 02 21/13 45 04, Fax 02 21/13 72 80.
Druck:
Blitz-Druck GmbH, Im Hesselbruch 16, 4300 Essen 11.
Bankverbindung:
Postgiroamt Essen, BLZ 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430.

Die große Asyl-Lüge

„Das Thema Asyl hat uns gut getan.“ Dies meinte Josef Stock, CDU-Vorsitzender in Niedersachsen nach den Landtagswahlen in Niedersachsen und Bremen. Damit hatte er den Nagel auf den Kopf getroffen. Ein Jahr später ist das Konzept der CDU voll aufgegangen: sie hat es geschafft, die SPD-Führung in der Asyl-Frage über den Tisch zu ziehen und einem Großteil der Bevölkerung weiszumachen, die nach Deutschland kommenden Asylbewerber seien verantwortlich dafür, daß brennende soziale Probleme wie die Wohnungsnot nicht gelöst werden könnten.

Nachdem Anfang 1991 immer klarer wurde, daß die Kohlschen Versicherungen von vor der Einheit wie „Keinem wird es schlechter gehen“ oder „Mit mir gibt es keine Steuererhöhungen“ sich als bloße Lügen offenbarten und die Wähler gerade in Ostdeutschland der CDU scharenweise den Rücken zudrehten, wurde es für die bürgerlichen Parteien höchste Zeit, etwas zu unternehmen. Angesichts eines einzigartigen sozialen Kahlschlags in der Ex-DDR, wo 50 Prozent der Menschen am oder knapp unterhalb des Existenzminimums leben und seit der deutschen „Einheit“ 40 Prozent der Arbeitsplätze vernichtet wurden, angesichts von 3 Millionen fehlenden Wohnungen und über 5 Millionen Arbeitslosen suchten die bürgerlichen Parteien einen Sündenbock und fanden ihn in den Flüchtlingen.

Ist das Boot voll?

Auch viele Gegner einer Grundgesetzänderung, zum Beispiel die JungsozialistInnen oder die Grünen, sehen in der ungebremsten Zuwanderung ein

Problem, daß man zumindest durch irgendeine Art von Einwanderungs-gesetz mit Quoten bewältigen müsse.

Aber soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot sind nicht durch Flüchtlinge und Zuwanderer verursacht. Wenn alle Flüchtlinge abgeschoben oder Quoten für Zuwanderer eingeführt werden würden, würde damit kein einziges soziales Problem gelöst sein.

Asylbewerber haben weiterhin ein faktisches Arbeitsverbot. Nur Arbeitsplätze, die vorher von fünf Deutschen abgelehnt wurden, dürfen an sie verge-

Praktische Probleme bei der Unterbringung von Asylbewerbern ließen sich leicht lösen. Aber die oft SPD-regierten Länder und Kommunen tragen die durch die Sparpolitik der Bundesregierung verursachten Schwierigkeiten bewußt auf dem Rücken der Flüchtlinge aus. Die von der SPD-Führung mitgetragene Einrichtung von Sammel-lagern dient dazu, Flüchtlinge abzuschrecken, die „Asylantenflut“ auch optisch sichtbar zu machen und soziale Spannungen zu provozieren. Musterbeispiel hierfür war die Unterbringung der Roma in Rostock-Lichtenhagen, die

Die meisten Flüchtlinge kommen aus den ehemaligen stalinistischen Staaten. Mit der Wiedereinführung des Kapitalismus kommt die Bevölkerung dieser Länder vom Regen in die Traufe. Die Folgen von Privatisierungen und Einführung der Marktwirtschaft – einer Politik, für die die Bundesregierung

Ist Deutschland überbevölkert?

1990 kamen 590.000 Zuwanderer in die Bundesrepublik, während 545.000 Menschen die Bundesrepublik verlassen haben.

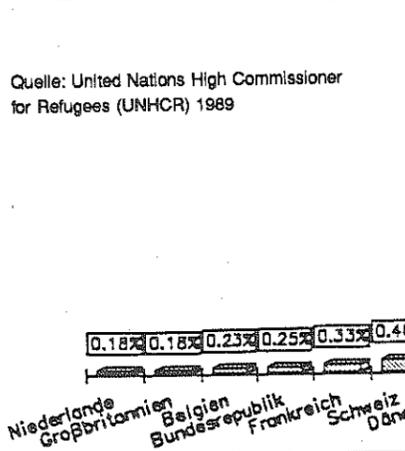
Fallende Geburtenraten führen trotz der steigenden Zuwanderung eher zu fallenden Bevölkerungszahlen.

Der Anteil der Flüchtlinge an der Bevölkerung liegt bei weit unter einem Prozent (siehe Grafik), weit weniger als in vielen Staaten der „Dritten Welt“.

Während Untergangsstimmung wegen der „Asylantenflut“ verbreitet wird, sind allein im letzten Jahr 220.000 deutschstämmige Aussiedler aus Osteuropa zugewandert. Das „Boot“ ist also offenbar nur für Nicht-„Volksdeutsche“ voll!

Holland hat beispielsweise eine um 60 Prozent höhere Bevölkerungsdichte als Deutschland. Ist es etwa „überbevölkert“?

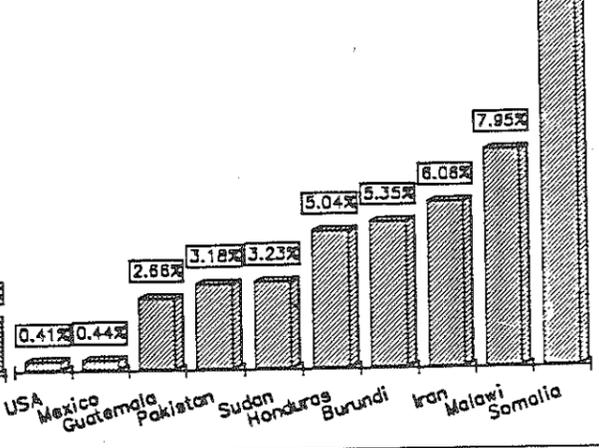
Flüchtlinge in Westeuropa
In Prozent der Gesamtbevölkerung (1989)



ben werden. Wenn endlich alle ausländischen und deutschen Arbeitslosen einen Arbeitsplatz bekämen, wenn Asylbewerber arbeiten und gleichberechtigt hier leben dürften, dann könnte mehr gesellschaftlicher Reichtum für alle erwirtschaftet werden.

Das Problem ist nicht die Zuwanderung, sondern das kapitalistische Profitsystem, das die einen zum Nichtstun verdammt und die anderen mit mehr Arbeitshetze und Überstunden belastet.

Flüchtlinge in der Welt
in Prozent der Gesamtbevölkerung (1989)



gezwungen wurden, auf dem Rasen zu campieren und ihre Notdurft in Büschen zu verrichten.

Die Begründung für die jetzt geplante Kürzung der Sozialhilfe für Asylbewerber um 25 Prozent ist, Asylbewerber bräuchten kein Geld für „Teilnahme am kulturellen Leben“. Es wird offenbar gezielt versucht, die Asylbewerber zu einer isolierten Randgruppe zu machen und jede Integration in die Gesellschaft zu verhindern.

aber auch die SPD-Führung eintritt – sind Massenarbeitslosigkeit, Inflation und Bürgerkriege.

Kampf gegen Fluchtursachen, nicht gegen Flüchtlinge

Kein Schließen der Grenzen, keine Asylrechtseinschränkung und keine Einwanderungsquoten können an den

Flüchtlingsströmen etwas ändern. Die Spaltung zwischen Zuwanderern und einheimischen Arbeitern, die Ausgrenzung und Entrechtung von Flüchtlingen und der Ausbau polizeistaatlicher Methoden zur Grenzsicherung dienen nur der Regierung und den Unternehmern. Sie wollen Zuwanderer nur, wenn sie als billige Arbeitskräfte gebraucht werden und benutzen gleichzeitig die Hetze gegen Flüchtlinge für ihren Machterhalt.

Wir müssen gemeinsam für unsere Rechte kämpfen und dürfen uns nicht spalten lassen – in Deutschland und international.

- Für die Verteidigung des Asylrechts und die Ausweitung zum Bleibe-recht für alle Flüchtlinge und Zuwanderer.
- Für gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche in allen Bereichen, einschließlich volles Wahlrecht.
- Für den vereinten Kampf von ArbeiterInnen und Jugendlichen aller Nationalitäten und ethnischen Gruppen gegen Armut, Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot. Gemeinsam gegen Rassisten und Faschisten.
- Für eine sozialistische Demokratie in Deutschland und weltweit, in der die Bedingungen für die Ausbreitung von Rassismus, Arbeitslosigkeit, Armut und Krieg beseitigt sind.

Alle Artikel auf dieser Seite:
Ulrich Petersen und Sascha Russel

„Massenhafter Asylmißbrauch“?

Alle Befürworter einer Änderung des Artikels 16 Grundgesetz betonen, daß sie angeblich nur den „massenhaften Mißbrauch des Asylrechts“ unterbinden und gleichzeitig die „wirklich politisch Verfolgten“ schützen wollen. Die erste Behauptung stützt sich auf eine gezielte Manipulation der Tatsachen. Die zweite wird schon durch die jetzt gültige Asylpraxis widerlegt.

Die große Mehrheit der ArbeiterInnen und Jugendlichen ist bereit, vor Verfolgung und Krieg flüchtenden Menschen zu helfen. Das zeigte sich an der Welle der Hilfsbereitschaft für die Bürgerkriegsflüchtlinge aus Jugoslawien.

Darum wird von Seiten der Regierung immer wieder behauptet, der Großteil der Asylbewerber käme „nur“ aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland. Wir lehnen die Trennung zwischen politischen und wirtschaftlichen Fluchtgründen ab, da Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger auch immer durch die herrschenden politischen Verhältnisse begründet sind. Trotzdem wollen wir diese Lüge aufdecken, um die Heuchelei der Befürworter einer Grundgesetzänderung deutlich zu machen.

95 Prozent „Asylbetrüger“?

Ca. 320.000 Asylbewerber kamen in den ersten 9 Monaten des Jahres 1992 nach Deutschland. Etwa die Hälfte der Fälle wurde bisher bearbeitet, Anerken-

die berichtigten 95 Prozent „Asylbetrüger“? Ein Blick auf die drei größten Gruppen von Flüchtlingen widerlegt diese Behauptung.

● ca. 96.000 (30,2 Prozent) sind Bürgerkriegsflüchtlinge aus Jugoslawien. Anerkennungsquote nur 1,7 Prozent, da Bedrohung durch Krieg im Sinne des Grundgesetzes keine politische Verfolgung ist. Sie dürfen aber nach der Genfer Flüchtlingskonvention nicht abgeschoben werden, weil ihnen in ihrem Heimatland Gefahr droht. In den von der Regierungspropaganda benutzten Statistiken sind dies alles Fälle von „Asylmißbrauch“. Deswegen und aus arbeits- und sozialrechtlichen Gründen werden sie überhaupt erst in das Asyl-

Sozialhilfemißbrauch?

Im Sommer dieses Jahres wurde mit dicken Schlagzeilen darauf hingewiesen, daß sich bei bei einem „Zählappell“ im Landkreis Aachen 1297 der 4142 registrierten Asylbewerber nicht gemeldet hätten. Daß in nur drei Fällen die mehrfache Kassierung von Sozialhilfe nachgewiesen werden konnte, wurde dagegen nicht groß bekanntgemacht.

verfahren gedrängt!

● ca. 75.000 (23,4 Prozent) Asylbewerber kamen aus Rumänien, davon ein steigender Anteil Roma. Die Roma haben kaum eine Chance, als politisch verfolgt anerkannt zu werden (Anerkennungsquote für Flüchtlinge aus Rumänien 0,2 Prozent), obwohl sie als Volksgruppe in Rumänien diskriminiert werden und als Sündenbock für die wirtschaftlichen Probleme herhalten müssen. Im letzten Jahr gab es 20 bekanntgewordene Pogrome gegen Roma, zum Teil unter Beteiligung der Polizei. Sogar zwei deutsche Gerichte, die in Karlsruhe und Gießen, und das

Verwaltungsgericht Stuttgart, haben die Asylberechtigung von Roma allein wegen ihrer Volkszugehörigkeit bejaht. Als Grund gaben sie an, „die ethnische Minderheit der Roma in Rumänien“ unterliege „einer Bedrohungssituation“ (Frankfurter Rundschau vom 28.10.92).

● ca. 20.000 Asylbewerber (6,3 Prozent) kamen aus der Türkei. Dies sind fast ausschließlich Kurden, die vor dem vom türkischen Staat mit deutscher Waffenhilfe geführten Krieg gegen das kurdische Volk fliehen. Die Anerkennungsquote beträgt trotzdem nur 9,6 Prozent. Angesichts der politischen Unterstützung der BRD für den NATO-Partner Türkei wundert es nicht, daß das Bundesverwaltungsgericht in einer Grundsatzentscheidung den Asylantrag eines Kurden abwies, der wegen seines Einsatzes für das Selbstbestimmungsrecht der Kurden gefoltert worden war. Dem Urteil zufolge war die Folter im Rahmen strafrechtlicher Ermittlungen erfolgt und deshalb nicht politisch motiviert.

Weitere Beispiele dafür, wie man niedrige Anerkennungsquoten erzeugt:

● Die Zahl der Asylbewerber aus Iran und Afghanistan, von denen 50 bzw 60-70 Prozent von deutschen Behörden als politisch verfolgte anerkannt wurden, ging nach der Einführung des Visumzwangs schlagartig zurück. Wie sollen auch politisch verfolgte in solchen Ländern an ein Visum kommen?

● Das Bundesverwaltungsgericht hat in einer Grundsatzentscheidung die Übergriffe des Militärs gegen tamilische Zivilisten auf Sri Lanka verurteilt. Aber in einer Bürgerkriegssituation gehe es darum, den (vermeintlichen) Bürgerkriegsgegner zu treffen. Eine politisch motivierte Verfolgung liege deshalb nicht vor!

● Die Anerkennungsquote für Asylbewerber aus Somalia ist seit dem Sturz des übrigens seit Mitte der 70er Jahre von der BRD gestützten Diktators Siad Barre auf Null gesunken, obwohl dort Bürgerkrieg herrscht und bewaffnete Banden mordend durchs Land ziehen. Nach der Auslegung des Artikels 16 Grundgesetz muß politische Verfolgung vom Staat durchgeführt oder geduldet worden sein, um anerkannt zu werden. Die perverse Logik: In Somalia gebe es keine funktionierenden staatlichen Einrichtungen mehr, also auch keine politische Verfolgung!

Wenn nur weniger als fünf Prozent aller Asylbewerber anerkannt werden, dann liegt das an der in den letzten Jahren verschärften Anerkennungspraxis deutscher Gerichte. Wurden 1985 noch 29,2 Prozent anerkannt, lag die Zahl 1992 bisher bei 4,5 Prozent. Die Gewährung oder Ablehnung von Asyl hängt offenbar nicht von der wirklichen politischen Verfolgung ab, sondern von der Anzahl der Asylbewerber.

Von den 1989 abgelehnten Asylbewerbern haben nach Zahlen des Bundesinnenministeriums 15 Prozent die BRD freiwillig verlassen, nur 6 Prozent wurden abgeschoben und bei 18 Prozent war der Verbleib unbekannt. Die übrigen 61 Prozent bekamen ein Bleibe-recht nach der Genfer Flüchtlingskonvention, da ihnen bei Abschiebung Gefahr für Leib und Leben drohen würde oder wurden aus anderen Gründen in der BRD geduldet.

Fazit: Ein großer Teil, wenn nicht sogar die Mehrheit der abgelehnten Asylbewerber kommt nicht aus wirtschaftlichen Gründen, sondern flieht vor Verfolgung oder Krieg.

Die Vorschläge der CDU für eine Änderung des Asylrechts gehen noch

weiter als die bisherige Praxis, die schon als menschenverachtend bezeichnet werden muß.

„Nicht-Verfolgerstaaten“

Die vorgeschlagenen Listen von „Nicht-Verfolgerstaaten“ bedeuten die faktische Abschaffung des individuellen Asylrechts. Denn wer definiert diese Staaten? Die Bundesregierung hätte sicher keine Gewissensbisse, wenn sie die Türkei mit aufnehmen würde. Aber selbst in einem Fall wie Rumänien stellt sich die Frage, was aus den 66 bisher in diesem Jahr anerkannten politischen Flüchtlingen geworden wäre, wenn sie kein Recht auf Prüfung ihres Falls gehabt hätten.

Aufheben der Rechtsweggarantie

Immerhin 20 Prozent aller abgelehnten Asylbewerber in den letzten beiden Jahren bekamen vor Gericht nachträglich Anerkennung als politisch verfolgte. Nach den Plänen von Bundesinnenminister Seitzers sollen abgelehnte Asylbewerber in Zukunft nur noch vom Ausland gegen die Ablehnung klagen können, was in der Praxis kaum möglich sein wird. Wie soll zum Beispiel ein kurdischer Asylbewerber, der vom Staat verfolgt wird und kein deutsch spricht, von der Türkei aus gegen eine fälschliche Ablehnung seines Antrages klagen?

Das alles ist erst der Anfang. Die Logik der rassistischen Kampagne gegen Flüchtlinge geht letztlich dahin, das Grundrecht auf Asyl nicht nur zu einer Farce zu machen, sondern ganz zu streichen und durch eine staatliche Gnadenregelung zu ersetzen, wie es schon von Teilen der CDU/CSU gefordert wird.

Juso-Sonderkonferenz am 6. Dezember

Sozialistische Kampforganisation oder Debattierclub?

Die JungsozialistInnen in der SPD versammeln sich am 6. Dezember in Bonn zu einem außerordentlichen Bundeskongress, der das Ergebnis des SPD-Sonderparteitags diskutieren wird. Auf diesem Juso-Kongress wird das Verhältnis zur Sozialdemokratie im Mittelpunkt stehen.

Die Hauptfrage ist: Wie können die Jusos ihre Isolation bei Jugendlichen überwinden? Mit welchem Programm und welchen Arbeitsmethoden schaffen wir es, Jugendliche und vor allem Arbeiterjugendliche zu organisieren?

Die Verbindung zur SPD macht die Jusos heute eher unattraktiv für Jugendliche. Besonders nach dem Schock der Petersberger Rechtschwende in Sachen Asyl, Bundeswehreinsetzung und de-

mokratische Grundrechte sagen viele, daß der Juso-Verband die SPD verlassen solle. Andere treten individuell aus.

Doch man kann politische Probleme nicht durch organisatorische Schritte lösen. Ein Juso-Verband mit denselben politischen Positionen und derselben Arbeitsmethode würde auch außerhalb der Partei auf keinen roten Zweig kommen. Die vordringlichste Aufgabe dieses Bundeskongresses ist deshalb, eine Linkswende bei den Jusos einzuleiten – weg vom akademischen Debattierclub, hin zu einer sozialistischen Kampforganisation.

Rechtsruck der SPD-Führung

Natürlich ist der Rechtsruck der SPD-Führung ein entscheidender Fak-

tor für die Haltung von Jugendlichen zu den Jusos. Schließlich sind die Jusos die offizielle Jugendorganisation der SPD, Juso-Mitgliedschaft bedeutet SPD-Mitgliedschaft. Aber daß die SPD-Rechtschwende so verheerende Folgen für die Jusos hat, liegt an der Reaktion der Juso-Führung darauf.

Nach Petersberg und bereits beim Bundeskongress im Frühjahr war eine Radikalisierung in gewissen Teilen der Jusos spürbar. Jusos organisierten Protestaktionen bei SPD-Parteitag und waren in den Medien mit kritischen Erklärungen präsent. Aber was den Jusos bisher trotzdem fehlt, ist eine wirkliche politische Alternative und eine kämpferische Außenarbeit zur Gewinnung von Jugendlichen.

So fordert die Juso-Führung ein Einwanderungsgesetz. Das ist eine grundsätzlich nationalistische Haltung. Ein Einwanderungsgesetz bedeutet eine andere Form von Zuzugsbeschränkung und beinhaltet die Idee, man müsse Deutschland vor zuviel Zuwanderung schützen und die Immigration (bzw. die Flüchtlinge) seien ein Problem, was es zu regeln gilt (siehe hierzu auch Artikel auf Seite 3).

Der Erfolg der von VORAN-Unterstützern und den von ihnen geführten Unterbezirken Rostock, Bremerhaven, Kassel, Aachen und Stuttgart aufgebauten Initiative *Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE)* zeigt, welches Potential für eine linke Gegenbewegung, die die sozialen Fragen offensiv aufgreift, existiert.

Dieser Erfolg läßt auch erahnen, welche Möglichkeiten die Jusos hätten, wenn sie sich deutlich von der SPD-Führung abgrenzen und eine radikale und revolutionäre Alternative darstellen würden. Die Jusos haben die Aufgabe, den Jugendlichen, die sich bewegen, eine sozialistische Perspektive aufzuzeigen, sie politisch zu organisieren und ihnen somit einen Weg für den weiteren Kampf aufzuzeigen.

Rechtsentwicklung der Jusos in den 80ern

Waren die Jusos in den 70er Jahren noch radikaler „Bürgerschreck“ und ein politischer Faktor in der Bundesrepublik, so befindet sich der Verband heute auf dem Tiefpunkt. Vor allem in den Städten gibt es sinkende Mitglieds- und Aktivistenzahlen und schwindenden politischen Einfluß. In den 80er Jahren wurden die Jusos immer mehr zu einem akademischen Debattierclub, dementsprechend gering ist heute ihre

Verankerung vor allem unter Arbeiterjugendlichen.

Grund hierfür ist die politische Rechtsentwicklung der Juso-Führung seit Ende der 70er Jahre. Sozialistische Positionen wurden aufgegeben und durch reformistische „Realpolitik“ ersetzt.

Dementsprechend unfähig war die Juso-Führung, den großen gesellschaftlichen Bewegungen der 80er Jahre ihren Stempel aufzudrücken und zum Aufbau einer starken sozialistischen Jugendorganisation zu nutzen.

Egal ob Anti-AKW- oder Friedensbewegung, Volkszählungsboykott, Schülerstreiks oder Antifa – immer kam die Juso-Führung zu spät, lief der Bewegung hinterher und versteckte sich in „breiten Bündnissen“.

Als Ende der 80er Jahre der linke Flügel („Hannoveraner Kreis“ oder

führung nicht voll erlegen ist. Zukünftige Bewegungen vor allem auf betrieblicher und gewerkschaftlicher Ebene werden Auswirkungen in der SPD haben und können zu erneuter Polarisierung in der Partei führen. Die Entwicklung eines linken Flügels, der diesen Namen wirklich verdient, ist in der Zukunft möglich.

Bei einem solchen Prozeß könnten die Jusos eine entscheidende Rolle spielen. Die Partei jetzt zu verlassen würde bedeuten, sie den Rechten auf dem Silberblett zu übergeben.

Heute ist es auch nicht das erste Mal, daß die Rechten in der Partei den Ton angeben. 1964 hing auf dem SPD-Parteitag ein Plakat mit der Deutschlandkarte in den Grenzen von 1937, zum Abschluß wurde die Nationalhymne gesungen. Zwei Jahre später trat die SPD in die Große Koalition ein. Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Polarisierung folgte aber 1969 die Linksentwicklung in der Partei, zusammen mit Masseneintritten und der Belebung der Jusos.

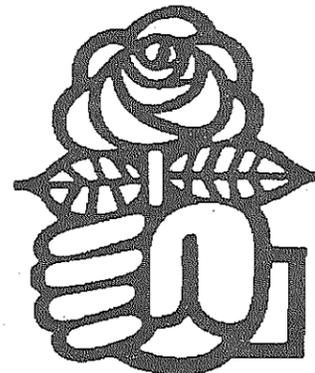
Unabhängige Kampagnen

Auch wenn es in der Zukunft hierzu wegen des fehlenden Spielraums für reformistische Politik keine direkte Parallele geben wird, zeigt dieses Beispiel doch, daß sich in der Partei noch einiges tun kann.

Verbleib in der Partei darf aber nicht mit Zugeständnissen an die Parteiführung verwechselt werden. Um bei Jugendlichen glaubwürdig zu sein, muß die Parteiführung konsequent attackiert werden. Viele Jugendliche stehen den etablierten Parteien und zum Teil auch Organisationen im Allgemeinen skeptisch und feindselig gegenüber. Die Jusos werden sie nur erreichen können, wenn sie unabhängige Kampagnen durchführen und sich an unabhängigen Bewegungen beteiligen, ohne dabei jedoch das eigene Profil als sozialistische Organisation zu verlieren.

Entscheidende Bedeutung hat hierbei die Haltung der Jusos in der Anti-Rassismus-Arbeit. Mit *Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE)* entwickelt sich eine Organisation, die ein bundesweites Netzwerk von Jugendgruppen schaffen und den Faschisten wirklich etwas entgegensetzen kann. Der Juso-Verband sollte JRE unterstützen und alles Erdenkliche tun, um JRE zu einer starken und schlagkräftigen, sozialistischen Antifa-Organisation zu machen.

Sascha Stanicic, Juso-Vorsitzender Unterbezirk Aachen



„Stamokaps“ – heute: Juso-Linke) die Bundesführung der Jusos übernahm, war davon wenig zu spüren. Außer etwas radikaleren Reden von Susi Möbeck passierte nichts. Seit 1991 ist mit Ralf Ludwig wieder ein Vertreter der noch gemäßigeren „Reformsozialisten“ an der Spitze des Juso-Verbandes, der Leute wie Oskar Lafontaine weiterhin für linke Hoffnungsträger hält und nebenbei an seiner persönlichen Karriere in der Partei bastelt.

Raus aus der SPD? Nein!

Der Austritt aus der SPD wäre jetzt der falsche Schritt. Solange die Möglichkeit besteht, daß sich Unmut und Radikalisierung der arbeitenden Bevölkerung früher oder später auch in der SPD niederschlagen, sollten SozialistInnen diese Partei nicht den Rechten überlassen, die sie jetzt besetzt haben.

Die Asyl-Debatte hat auch gezeigt, daß die Partei noch nicht ganz leer und leblos und dem Würgegriff der Partei-

Rechtsruck der SPD = Rechtsruck der Gesellschaft?

Jadranka Thiel und Claudia Walter (stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende) schreiben im Juso-AG-Rundschreiben 10/92: „Insgesamt sollten wir stärker zur Kenntnis nehmen, daß die Partei nur ein leicht nach links verschobener Spiegel der Gesellschaft ist.“

In anderen Worten heißt das: Basis der Rechtsentwicklung in der SPD sei ein gesamtgesellschaftlicher Rechtsruck (unter anderem also ein Rechtsruck unter ArbeiterInnen und Jugendlichen).

Wir lehnen diese Analyse ab. Basis des Rechtsrucks der SPD-Führung ist die tiefgehende Krise des Kapitalismus in Verbindung mit der bedingungslos pro-kapitalistischen Politik der SPD-Führung. Die gutsituierten SPD-Führer stehen vor der Alternative: Kampf gegen Sozialabbau und die anderen sozialen Folgen der Krise und damit Konfrontation mit dem Kapital, oder aber Beteiligung an der Kürzungspolitik und kapitalistisches Krisenmanagement. Die SPD-Führer, selber nicht von Wohnungsnot oder Arbeitslosigkeit betroffen, wollen keinen Konflikt mit den Kapitalisten – deshalb der Rechtsruck und jetzt die völlige Anpassung an Kohl und die rassistische Sündenbockpolitik der CDU.

An den Wahlergebnissen und Meinungsumfragen der letzten Zeit kann

man ablesen, daß ein immer größerer Teil der Arbeiterklasse von der unsocialen Politik der Kohl-Regierung enttäuscht ist und nach einer radikalen Lösung für die brennenden sozialen Probleme sucht.

Wenn sich das dann in Wahlenthaltungen oder schlimmer noch in Stimmern für rechtsextreme Parteien niederschlägt, dann liegt das eben gerade an dem Rechtsruck und der völligen Anpassung der SPD-Politik an die Konservativen. Weit entfernt davon, einfach „ein etwas linkeres Spiegelbild der Gesellschaft zu sein“, ist die Partei selbst verantwortlich dafür, daß ihr potentielle Wähler verloren gehen und die Rechtsextremen Zulauf bekommen. Weil die SPD der rassistischen Hetze der Rechten nichts entgegengesetzt und gemeinsam mit den DGB-Führern auf Kuschelkurs zur Regierung geht, kann das Ablenkungsmanöver Asyldebatte voll greifen.

Gleichzeitig gibt es eine breite Schicht gerade von Jugendlichen, die zum einen aktiv gegen rechts werden wollen und zum anderen eine Alternative zum Kapitalismus suchen. Das erkennen die Juso-Führer aber nicht oder wollen es nicht erkennen. Der Erfolg von *Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE)* in den letzten Wochen und Monaten ist dafür aber der beste Beweis.

Kürzungen in Kasseler Jugendzentren

„Nicht auf unserem Rücken!“

Vor einigen Monaten hat der Kasseler Magistrat eine Stellensperre verhängt, um fünf Millionen DM zu sparen. Inzwischen sind auch Jugendzentren davon betroffen. Doch die Jugendlichen lassen sich das nicht gefallen.

In den Jugendzentren Brückenhof und Schlachthof sind durch Stellenumsetzungen die Öffnungszeiten und das Programm gekürzt worden. Nur noch drei Tage in der Woche sind sie geöffnet. Die Jugendzentren sind sehr gut besucht. Bis zu 300 Jugendliche 17 verschiedener Nationalitäten aus der ganzen Stadt trafen sich jeden Freitag zu einer selbstorganisierten Disco im Jugendzentrum Schlachthof. Für viele ist die Disco der Höhepunkt der Woche. Sie können sich keine normale, kommerzielle Disco leisten und außerdem sind viele Jugendliche zwischen 13 und 16 Jahren unter ihnen, die sonst nicht wissen, wo sie hingehen sollen. Diese Disco findet nun nur noch alle zwei Wochen statt.

Die Jugendlichen wehrten sich gegen die Kürzungen. Sie haben einen Demonstrationzug durch den Stadtteil gemacht, über 300 Unterschriften gesammelt und einen Brief an den Ober-

bürgermeister geschrieben, der sich bislang nicht gemeldet hat. Anfang September haben die Jugendlichen aus den Jugendzentren gemeinsam mit den Kasseler JungsozialistInnen eine Kundgebung und eine Lobby vor der Stadtverordnetenversammlung organisiert. Die Presse hat das Thema aufgegriffen, aber die SPD-Fraktion im Rathaus ist unnachgiebig.

Der SPD-Unterbezirk hat einen Antrag der Jusos gegen die Kürzungen abgelehnt. Die SPD-Führung verweist darauf, daß die Stellensperre nur vorübergehend bis Januar '93 gelte. Aber in Diskussionen hört man schon jetzt, daß weitere Kürzungen unvermeidlich seien, angesichts des immer größer werdenden Haushaltslochs.

Die Kasseler Rüstungsindustrie steckt in einer Krise und viele Unternehmer haben ihren Hauptsitz, natürlich nur rein formal, von Kassel in die neuen Länder verlegt, so daß sie die Gewerbesteuern sparen. Dadurch hat sich das Haushaltsloch von veranschlagten 16,5 Millionen auf über 54,1 Millionen DM vergrößert.

Die Jugendlichen sollen nun dafür zahlen, daß die Unternehmen sich um die Steuern herumdrücken und so ihre Profite steigern.

Der Stadtteil Brückenhof ist geprägt vom Sozialwohnungsbau im Hochhausstil und hat eine multikulturelle Bevölkerungsstruktur. Es ist mehr als verantwortungslos, speziell in diesem Bereich eine Kürzungspolitik voranzutreiben, wo ein Ausbau notwendig wäre. Wir JungsozialistInnen werden diese Kürzungspolitik nicht mittragen und uns mit den Jugendlichen aller Kasseler Jugendzentren zur Wehr setzen. Die Jugendlichen haben an einem Wochenende ihr Jugendzentrum besetzt. „Das nächste mal könnte es das Rathaus sein“, so ein Jugendlicher.

Die Ereignisse von Rostock sind eine Warnung. Fehlende Freizeiteinrichtungen (Jugendzentren u.ä.), Perspektivlosigkeit und soziale Mißstände sorgen für Frust und Aggressionen. Seit der Wiedervereinigung sind in den fünf neuen Ländern 800.000 Jugendclubs geschlossen worden. So ergibt sich ein idealer Nährboden für die Hetze der Neonazis, wenn nicht eine kämpferische linke Kraft die Unzufriedenheit aufgreift und gegen die wirklich Verantwortlichen für die soziale Misere richtet.

Frank Klobes, Kassel
Jungsozialist

Jugend gegen Rassismus in Europa

Ich möchte . . .

- Mitglied bei JRE werden und habe eine Spende von mindestens 10 DM überwiesen (Konto siehe unten)
- weitere Informationen über Eure Arbeit bekommen



Bestellungen:

Broschüren
_____ (pro Stück 1 Mark)

Buttons
_____ (pro Stück 2 Mark)

Baseballmütze
_____ (Stück 15 Mark)

Name _____

Straße _____

Ort _____

Telefon _____

Bestellungen nur gegen Vorkasse (in Briefmarken oder Überweisungsbeleg bzw. Kopie davon beilegen)

JRE-Konto: Ulf Petersen, Kto.-Nr. 12777-501, Postgiroamt Köln, Bankleitzahl 370 100 50

Bitte schicken an: JRE, Hauptpostlagernd, 5000 Köln 1



40.000 auf JRE-Demo in Brüssel

40-45.000 waren wir auf der ersten europaweiten Demo von Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) in Brüssel. Das ist ein Riesenerfolg, wenn man auch bedenkt, daß viele zum Teil lange Anfahrtswege und hohe Urkosten auf sich genommen ha-

ben. Es war die größte internationale Demo gegen Rassismus, die es bisher gab. Und mit Sicherheit war es auch eine der buntesten und lautesten Demos, tausende Trillerpfeifen sorgten für schrille Töne.

Festzuhalten ist auch, daß die Demo

friedlich verlief und es keinerlei Zusammenstöße gab. Zwar standen Hundertschaften von Polizisten schwerbewaffnet in den Seitenstraßen, der ein oder andere hat sie vielleicht gesehen. Doch sie hielten sich zurück. Nicht kooperativ waren sie allerdings in Fragen der Demo-Route. Ursprünglich sollte die Abschlusskundgebung auf einem besseren Platz stattfinden.

Wie wir inzwischen feststellen konnten, waren Delegationen bzw. Kontingente aus folgenden Ländern da: der größte Teil natürlich aus Belgien, 1.500 aus Holland, 5.-6.000 aus Deutschland,

500 aus Österreich, 1.000 aus Großbritannien und Irland, 150 aus Schweden. Weiterhin gab es Teilnehmer aus Frankreich, Italien, Schweden, Norwegen, Polen und der Tschechei.

Als die sozialistischen Zeitungen verschiedener Länder (in Deutschland VORAN) im Sommer die Initiative für JRE ergriffen, ging man von mindestens 3.-4.000 Demo-Teilnehmern aus. Das Demo-Büro rechnete unmittelbar vorher mit zwischen 10.-20.000 Teilnehmern. Alle waren überwältigt, daß es dann mehr als doppelt so viele waren (Daher auch ein paar kleinere Pannen, wie die zu kleine Lautsprecheranlage bei der Abschlusskundgebung).

Auch aus Deutschland kamen ungefähr doppelt so viele wie wir erwartet hatten, davon bestimmt 2000 aus den neuen Bundesländern. Darunter waren sechs Busse aus Rostock, 120 Leute aus Finsterwalde, 210 aus Leipzig und 140 aus Neubrandenburg.

Der Tag begann um 11.00 Uhr mit einer Kundgebung und kurzen Auftritten von Punk- und Hardcore-Hip-Hop-Bands, die für eine kämpferische bis ausgelassene Stimmung sorgten. Ein kurzer Regenschauer so gegen 14.00 Uhr, als die Demo losziehen soll-

NUM sowie JRE-Aktivisten aus ganz Europa.

Aus Deutschland sprachen unter anderem Martina von der ÖTV-Jugend Berlin, Kathrin, JRE-Aktivistin aus Rostock sowie ein Vertreter des iranischen Flüchtlingsrats aus Kassel.

Das abendliche „Smash Fascism“-Konzert, bei dem mehrere Bands kostenlos für JRE spielten, war mit 6.000 Leuten sehr gut besucht und war ein zwar nochmals kräftezehrender, aber gelungener Abschluß des Tages.

Kaum Berichte in den Medien

Die kaum vorhandene Medienberichterstattung in Deutschland finden wir empörend. Obwohl alle möglichen Zeitungen und Fernsehsender informiert waren, gab es nur einen Kurzfilm in den Tagesthemen, einen Artikel in der taz und in der Jungen Welt, eine Meldung in der Frankfurter Rundschau und im Neuen Deutschland. Soweit wir bisher wissen, haben regional noch der NDR (über die Rostocker Teilnehmer) und der Ostdeutsche Rundfunk Brandenburg berichtet.

Wo immer sich drei Skinheads zusammenschließen, gibt es ausführliche Berichte und psychologische Hintergrund-Analysen. Sicher ist es nötig und wichtig, über die Ausschreitungen der Neonazis zu berichten. Aber wenn zehntausende Antirassisten kaum eine Meldung wert sind, dann liegt die Berichterstattung offensichtlich schief. Es zeigt sich also, daß die bürgerlichen Medien kein großes Interesse daran haben, unsere Arbeit bekannt zu machen und Anti-Rassisten zu ermutigen. Wir müssen uns auch hier auf uns selbst verlassen.

Vom internationalen Koordinations-Komitee ist geplant, einen Bericht über die Demo zu verfassen sowie ein „Erinnerungs-Poster“ zu erstellen. Außerdem wurde die Demo für uns gefilmt. Video, Bericht und Poster können demnächst bei uns bestellt werden.

Im Ausland, besonders in Belgien, war die Berichterstattung besser. Die Abendnachrichten des belgischen Fernsehens brachten die Demo ausführlich an erster Stelle. 11 von 13 großen belgischen Tageszeitungen haben berichtet, davon 8 mit Bild auf der ersten Seite. Fernsehstationen aus den USA, Spanien und Griechenland haben Filmberichte gesendet.

Angelika Teweleit, Kassel
Jungsozialistin und JRE-Mitglied

Was die Demo-Teilnehmer sagen:

„Und ich sage den Faschisten: Falls wir auf der Straße nicht in Frieden gelassen werden, dann werdet ihr das auch nicht...“ mit allen notwendigen Mitteln werden wir einen Aufmarsch von Euch verhindern!“
Stefan Anderson, Schweden

„Drei Jahre lang Einführung des Kapitalismus haben in Polen 15 Prozent Arbeitslosigkeit erzeugt und einen Anstieg der rechtsextremen und faschistischen Aktivitäten. Unser Kampf ist der gleiche wie Euer Kampf – für eine lebenswerte Zukunft und die Beendigung der wirtschaftlichen Probleme, die zu Faschismus und Rassismus führen.“
Carol, Polen

„Ich kenne einen iranischen Flüchtling. Vor drei Tagen wurde sein Freund getötet, als Faschisten einen Brandsatz in den Laden warfen, in dem er arbeitete. Dieser Flüchtling sah JRE als das beste Mittel an, um den Tod seines Freundes zu rächen und darum hat er uns gebeten, seine Grußbotschaft an die Demonstration zu überbringen.“
Ruman, Norwegen

„Im Frühjahr haben 15 von uns JRE in Holland gegründet. Jetzt haben wir 1300 zu dieser Demonstration mobilisiert. Die Jugend Hollands wird sich nicht gegeneinander ausspielen lassen. Wir werden uns vereinigen ... Es gibt keinen Kapitalismus ohne Rassismus. Kämpft mit uns gegen beides!“
Barbara, JTR (JRE) Holland

„Die Arbeiterbewegung wird durch das Anwachsen des Faschismus bedroht, also müssen wir ihn bekämpfen, wo immer er sich zeigt. Darum hat unsere Gewerkschaft Geld gespendet, um jemanden hierher zu schicken. Gut wäre es, wenn wir mit Arbeitern in ganz Europa feste Verbindungen aufbauen könnten. Während der Kampagne meiner Gewerkschaft für die 35-Stunden-Woche bekamen wir viel Unterstützung von

der IG Metall und als sie ihren Streik hatte, haben wir sie unterstützt. Wir haben die gleichen Feinde und es ist das beste, sich gemeinsame zu organisieren und zu kämpfen.“

Pat Kenry, Kreisvorsitzender der AEEU (=Elektriker- und Ingenieursgewerkschaft) Reading

„Die heutige Demo ist für Jugendliche in ganz Europa sehr wichtig, um sich gegen die rassistische Rechte zu organisieren. Wir haben durch Budoucnost-Unterstützer aus der Tschechoslowakei von der Demo gehört, die dort einige gute Arbeit gegen Rassismus geleistet haben. In unserem Land werden Ausländer zu Sündenböcken für die Probleme des Landes gemacht. In der Tschechoslowakei gab es Demos wie diese. Wir brauchen noch mehr. Wir müssen eine große Kampagne aufbauen und das heute war ein guter Anfang.“
Vratislav Votava, Kommunistische Jugend Böhmen

„Wir haben in einem Bus 65 Leute aus Leipzig mitgebracht. Einige der Mitglieder faschistische Gruppen in Deutschland sind sehr jung. Als kürzlich ein Heim in Thale (Harz) angegriffen wurde, war einer der verantwortlichen Faschisten unter 16 Jahren. Wir müssen die Jugend zu unserer Seite gewinnen, bevor sie den Faschisten beitreten.“

Stefan Michel, Leipzig

„Wir sind ein ganzer Bus voll hier von Nordirland. Wir haben JRE mit unserer Kampagne gegen religiöse Fanatiker verbunden und wir hatten einige große Veranstaltungen. Es tut gut, die Resonanz hier in Brüssel zu sehen. In Nordirland kann man sich manchmal ziemlich isoliert fühlen und es ist toll, so etwas hier zu sehen.“

Niall Mulholland, Nordirland, Youth Against Sectarianism.

JRE bundesweit aufbauen!

Die Demo in Brüssel hat gezeigt, daß es viele tausende gibt, die etwas unternehmen wollen. JRE hat schon jetzt hunderte von Anfragen und Interessenten, die nach der Demo weiter aktiv bleiben wollen. Die Verantwortung, jetzt eine starke organisierte Kraft aufzubauen, liegt bei uns allen. Ausgehend von dieser Demo sollten wir eine schlagkräftige antirassistische und linke Organisation aufbauen.

Wir brauchen eine Organisation, die die Nazis, wo immer sie sich breitmachen, vor die Alternative stellt: Entweder ihr stoppt alle eure Aktivitäten oder ihr seid hier nicht mehr erwünscht. Wir müssen die Nazis am Aufbau ihrer Wehrsportgruppen und Parteien hindern, wie müssen dafür sorgen, daß sie in der Bevölkerung und der Jugend keine Unterstützung mehr kriegen. Das heißt für JRE:

► Konkrete Gegenwehr organisieren, faschistische Treffen verhindern, Vorkehrungen gegen faschistische Übergriffe treffen.

► In der Bevölkerung über die rassistischen Lügen der Vertreter in Staat und Regierung aufklären und aufzeigen, daß wir alle gemeinsam gegen sozialen Kahlschlag kämpfen müssen.

► Druck auf die Führungen von Gewerkschaften und linken Parteien

machen, daß sie keine Kompromisse beim Asylrecht machen und gegen Kürzungen, Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit mobilisieren.

ben wir (das provisorische Organisationskomitee von JRE) für das Wochenende am 28./29. November eine Gründungskonferenz geplant.

Um JRE jetzt richtig aufzubauen, ha-



JRE-Gründungskonferenz

Bisher gibt es JRE-Gruppen in Berlin, Rostock, Kassel, Bremerhaven, Aa-

Wenn Ihr/Eure Gruppe interessiert seid, dann schreibt uns: JRE, Hauptpostlagernd, 5000 Köln 1

4. November 1989: Eine Million DDR-Bürger demonstrieren auf dem Berliner Alexanderplatz



1989-90: Revolution Konterrevolution in der DDR

Wenn heute die westlichen Medien die Ereignisse von 1989 als „Wende zu Demokratie und Marktwirtschaft“ loben, so betreiben sie Geschichtsfälschung. Im November 1989 fand eine Revolution statt. Millionen waren auf der Straße und lähmten das totalitäre Regime, das vier Jahrzehnte lang existiert hatte. Diese großartige Bewegung inspirierte Millionen überall in Osteuropa. Sie bot ein konkretes Beispiel dafür, wie ein diktatorisches Regime gestürzt werden kann. Aber wie konnte es geschehen, daß sich das Ergebnis einer Revolution des Volkes als so schlecht entpuppte?

Die meisten Hoffnungen von 1989/90 sind zerschlagen worden. Statt der „blühenden Wirtschaft“, die Kohl im Februar 1990 versprochen hatte, erlitt die ehemalige DDR den stärksten Produktionsrückgang, der je in einem industrialisierten Land stattfand. Überall im Osten herrscht das Gefühl stärkster Enttäuschung. Regierung und Unternehmer fürchten, daß die Arbeiter und Jugendlichen im Osten wieder protestierend auf die Straße gehen und – anders als 1989 – Bewegungen im Westen entfachen. Deshalb wollen sie die Erinnerung an die Kraft der revolutionären Bewegung vom Herbst 1989 am liebsten auslöschen.



Nicht der Sozialismus, sondern der Stalinismus ist gescheitert

Die stalinistischen Regimes, wie das in der DDR, waren eine besondere Erscheinung. Ihr Modell war die Herrschaft Stalins, der seine Diktatur während der 20er Jahre in der ehemaligen UdSSR errichtete. Sie waren nicht mehr kapitalistisch, der größte Teil der Wirtschaft war in staatlichem Besitz. Anders als in der BRD gab es keine herrschende Klasse, die die Wirtschaft als Eigentum besaß. Aber es gab eine diktatorisch herrschende Elite, die die im staatlichen Ei-

gentum befindliche Wirtschaft kontrollierte und bereit war, ihre Privilegien mit Gewalt zu verteidigen.

Diese Elite saß an der Spitze der Bürokratie in Staat und Wirtschaft. Sie nannte sich selbst „sozialistisch“ – sowohl aus historischen Gründen, denn ursprünglich kamen die Führer dieser Elite aus der Spitze der Arbeiterbewegung, als auch um die Bevölkerung zum Narren zu halten.

Aber Sozialismus bedeutet nicht nur die Abschaffung des Privateigentums in den Haupt-Wirtschaftszweigen. Das ist nur der Anfang. Sozialismus kann nur aufgebaut werden, wenn die Masse der Bevölkerung aktiv die Führung und Entwicklung der Gesellschaft kontrolliert.

Eine Zeitlang entwickelten sich die stalinistischen Wirtschaften schnell, schneller als die kapitalistischen, weil sie die vorhandenen Ressourcen planvoll einsetzen konnten. Aber während der 80er Jahre verfielen sie zunehmend in Stagnation. Das widerspiegelte den wachsenden Würgegriff des totalitären bürokratischen Managements.

Die Triebkraft für die Entwicklung kapitalistischer Wirtschaften ist der Kampf verschiedener Firmen um Märkte und Profite. Diese Triebkraft gibt es in einer entwickelten staatlichen Wirtschaft nicht mehr. Allein das Interesse der Arbeiter und der Verbraucher an einem besseren und sicheren Lebensstandard, an einer gesunden Umwelt und besseren Arbeitsbedingungen kann hier die Grundlage für eine Entwicklung sein. Aber die herrschende Elite konnte keine wirkliche Kontrolle und Beteiligung der Arbeiter zulassen. Hätten die Arbeiter die Kontrolle gehabt, hätten sie das Recht der Elite, besondere Privilegien zu genießen, in Frage gestellt und beseitigt.

Je komplexer die Wirtschaft in den stalinistischen Staaten wurde, desto weniger konnte sie von der herrschenden bürokratischen Elite in Gang gehalten werden. Gleichzeitig schien es während der zweiten Hälfte der 80er Jahre, als hätten die kapitalistischen Wirtschaften einen Weg gefunden, die Schwierigkeiten zu überwinden, denen sie sich seit 1974, dem Beginn der ersten Weltwirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg, gegenübersehen.

Das führte zu einer wachsenden Demoralisierung innerhalb der herrschenden Kreise. Immer mehr Bürokraten wurde deutlich, daß der totalitäre Griff die Wirtschaft erstickte. Aber sie schreckten davor zurück, demokratische Planung zuzulassen, weil die ja ihre Privilegien beseitigt hätte. Statt-

dessen begannen Teile der stalinistischen Bürokratie in verschiedenen Ländern, den Weg zur Wiederrichtung des Kapitalismus einzuschlagen, um sich selbst eine Zukunft als kapitalistische Privateigentümer zu sichern.

In der DDR entwickelte sich bei den Arbeitern und Jugendlichen zunehmend Frustration. Gorbatschows Versuch, durch die Einführung von Reformen von oben die Stagnation zu überwinden und eine Revolution von unten zu verhindern, regte die Opposition in der DDR genauso an wie die sich entwickelnden Massenbewegungen. Auch die Furcht vor einem Eingreifen des Kreml, wie es überall in Osteuropa während der 50er und 60er Jahre stattgefunden hatte, ging zurück.

Niemandem konnte im Frühjahr 1989 in der DDR der Unterschied zwischen den gefälschten DDR-Kommunalwahlen im Mai und den offenen Wahlen zum Volksdeputiertenkongress in der UdSSR einige Wochen vorher entgehen. Ein Unterschied, der der Wut gegen die Elite neue Nahrung gab.



Von der Flucht zum Protest: „Wir bleiben hier!“

Gegen Ende des Frühjahres und zu Beginn des Sommers stieg die Spannung. Als Warnung beriefen die Führer der DDR im Juni eine besondere Sitzung der Volkskammer ein, wo sie eine Resolution verabschiedeten, die die chinesischen Herrscher in ihrer brutalen Niederschlagung der Proteste von Studenten und Arbeitern auf dem Platz des Himmlichen Friedens unterstützte. Aber das sollte sich im Herbst als wirkungslos erweisen.

In der ganzen stalinistischen Welt beschleunigte sich der Verfall der alten Diktaturen im Laufe des Jahres 1989. In Polen traf die Bürokratie ein Abkommen mit der Solidarnosc-Führung, während sich in Ungarn praktisch die gesamte Bürokratie dafür entschied, in Richtung Kapitalismus zu gehen. Als Teil ihres Versuches, westliches Kapital zu Investitionen zu ermutigen, öffnete die ungarische Regierung ihre Grenze zu Österreich. Dies führte innerhalb von Tagen zu einem wachsenden Exo-

odus von DDR-Bürgern in die BRD. Aber es war klar, daß die Masse der Menschen in der DDR nicht weggehen wollte. Tatsächlich war einer der Parolen auf den Protest-Demos im September „Wir bleiben hier“.

Jahrzehntelang war die Grundlage der stalinistischen Herrschaft die Passivität der Massen. Als die Masse der arbeitenden Bevölkerung begann, sich zu bewegen, war die herrschende Elite sofort isoliert.

Während der Herbstmonate 1989 überwand die DDR-Bevölkerung schnell ihre Furcht vor einer Wiederholung der Niederschlagung des Aufstands vom 17. Juni 1953 oder der blutigen Unterdrückung in China. Als sich die zunehmende Isolation des Regimes zeigte, nahmen die Protestdemos, die im September begonnen hatten, schnell an Stärke zu. Im Oktober wuchsen die regelmäßigen Montagsdemos in Leipzig von 70.000 auf 300.000. Der Polizeiangriff auf die Demonstranten während der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR am 6./7. Oktober hatte keine einschüchternde Wirkung.

Bei der Demonstration in Leipzig am 9. Oktober waren die Sicherheitskräfte darauf vorbereitet, mit Maschinengewehren in die Menge zu schießen und den Protest in einem Blutbad zu ersticken.

Allein die Anzahl der Demonstranten – 70.000 und nicht nur ein paar Tausend – hielt die Verantwortlichen davon ab, den Schießbefehl zu geben. Sie erkannten, daß ein Massaker zu diesem Zeitpunkt nicht die Proteste beendet, sondern zu einer noch explosiveren Entwicklung der Revolution geführt hätte.

Die sich entwickelnde Revolution verursachte eine Krise des Regimes. Die Entscheidung, am 9. Oktober nicht gewaltsam gegen die Demo in Leipzig vorzugehen und die Absetzung Honeckers am 18. Oktober zeigten, daß die Mehrheit der Bürokratie versuchte, die Bewegung eher mit Reformen von oben als mit direkter Repression zu stoppen.

Das Regime wurde gezwungen, ein Zugeständnis nach dem anderen zu machen. In jedem Stadium versuchte es, die Zugeständnisse zu begrenzen, aber jedesmal wurde es von einer neuen Welle des Protestes zu weiterem Rückzug gezwungen – ein Prozeß, der seinen symbolischen Höhepunkt in der Öffnung der Mauer am 9. November erreichte. Zu diesem Zeitpunkt hing die bürokratische Elite in der Luft. Sie hatte keinerlei Mittel mehr, die Entwicklung zu kontrollieren und blieb

nur im Amt, weil niemand kam und sie rauschmüß.



Bewegung für wirklichen Sozialismus

Die frühen Demonstrationen hatten einen sozialistischen Charakter. Oft wurde die „Internationale“ gesungen. Fast alle Parolen auf der millionenstarken Demonstration am 4. November in Berlin – z.B. „Privilegien für alle“, „Gegen Monopolsozialismus, für Demokratischen Sozialismus“ und „Alle Macht den Räten“ – zielten darauf ab, die bürokratische Elite abzusetzen und eine sozialistische Demokratie aufzubauen.

Aber wie kam es dann dazu, daß die Bewegung mit einem Wahlsieg der CDU im März 1990 und der Wiedereinführung des Kapitalismus endete?

Es reicht nie aus, Wünsche zu haben. Die Frage ist, wie man sie verwirklicht. Am Anfang war der DDR-Bevölkerung recht klar, was sie wollte. Ihre Forderungen waren: Demokratische Rechte (einschließlich Reisefreiheit), Ende der Privilegien für wenige und eine Anhebung des Lebensstandards. Aber sie wußte nicht, wie sie diese Forderungen durchsetzen konnte. Auch war sie sich nicht der Tatsache bewußt, daß sie für einen bestimmten Zeitraum ab November 1989 die Macht selbst in den Händen hielt.

Das System einer Diktatur auf Grundlage einer verstaatlichten Wirtschaft, also der Stalinismus, hatte eine Reihe negativer Auswirkungen. Es verzerrte vollständig sozialistische Ideen und diskreditierte den Begriff „Sozialismus“. Die bürokratische Elite erhob den Anspruch, daß in der DDR der „realexistierende Sozialismus“ herrsche, aber die Gesellschaft war in einer Sackgasse. Die Frage war: Was gibt es für eine Alternative?

Trotz der Stimmung während der ersten Phase des Kampfes schuf die völlige Unklarheit über die notwendigen Schritte zur endgültigen Beseitigung der Bürokratie ein Vakuum. Dieses Vakuum wurde von den Ideen des Kapitalismus ausgefüllt, konkret von der Idee der Sicherung des Lebensstandards durch eine Wiedervereinigung mit der BRD.

Es gab bereits zunehmende pro-kapitalistische Tendenzen innerhalb der Bürokratie. So sprach z.B. die erste SED-Verlautbarung nach der Maueröffnung davon, daß sich die Wirtschaft „am Markt“ orientieren müsse. Die neu gegründete Ost-SPD war die erste Oppositionsgruppe, die mit dem Begriff „soziale Marktwirtschaft“ eine Einführung des Kapitalismus forderte. Zu Beginn stieß das nicht auf Zustimmung in der Bevölkerung.



Sackgasse

Jedoch geriet die Bewegung nach Anfang November in eine Sackgasse. Die Massen waren sich nicht klar darüber, was als nächstes getan werden mußte, um die Bürokratie abzusetzen und den Lebensstandard zu erhöhen. Schon bald hatte die große Mehrheit der DDR-Bevölkerung die BRD besucht und den höheren Lebensstandard und die produktivere Wirtschaft in der BRD gesehen. Natürlich wäre alles anders gewesen, hätte die BRD den gleichen Lebensstandard wie Irland, Portugal oder selbst Großbritannien gehabt. Aber der Vergleich der DDR mit der drittstärksten Wirtschaft der Welt warf die Frage auf, wie die DDR-Wirtschaft entwickelt werden und besonders, wer von außen dabei helfen könnte.

Gleichzeitig versuchte die Mehrheit der alten bürokratischen Elite, ihre Macht zu verteidigen. Obwohl sie in der ersten Phase der Revolution völlig in der Luft gehangen hatte, startete sie nun wiederholt Versuche, die Kontrolle wiederzuerlangen.

Die sozialistische Alternative für die DDR wäre gewesen, zuerst einmal den Sturz der Elite zu vollenden und alle besonderen Privilegien für Funktionäre abzuschaffen. Durch die Bildung von demokratisch gewählten und jederzeit abwählbaren Räten hätte eine demokratische Kontrolle über die Organisation der Gesellschaft eingerichtet werden und ein demokratischer Plan für die Entwicklung der Wirtschaft aufgestellt werden müssen. Auf dieser Grundlage hätte man die Arbeiter und Jugendlichen im übrigen revolutionär aufgewählten Osteuropa und der UdSSR aufrufen können, diesem Beispiel zu folgen und beim Aufbau echter sozialistischer Gesellschaften zusammenzuarbeiten.

Eine wirklich sozialistische und demokratische DDR hätte auch eine Anziehungskraft auf die Millionen von Arbeitern und Jugendlichen in der BRD ausgeübt, die bereits enttäuscht von den herrschenden Verhältnissen in der BRD waren. Der Weg für eine sozialistische Vereinigung der beiden deutschen Staaten wäre so eröffnet worden, was wiederum einen Anstoß für eine wirkliche europäische Einigung auf sozialistischer Grundlage gegeben hätte.

Aber die Kräfte, die ein derartiges Programm vertraten, waren winzig und konnten die Ereignisse nicht beeinflussen.



„Runder Tisch“ statt Revolution

Die erste Phase jeder Revolution zeichnet sich häufig dadurch aus, daß zufällige Führer an die Spitze katapultiert aber auch schnell wieder zur Seite gedrängt werden. So war es auch im Fall der DDR. Die ursprünglichen Führer waren kirchlich beeinflusste Liberale, die jeden Konflikt vermeiden wollten und hofften, die Gesellschaft mit dem Einverständnis aller verändern zu können – die alten Bürokraten eingeschlossen. So setzten sie sich Mitte Dezember mit der alten herrschenden Elite an einen „Runden Tisch“, anstatt ihren völligen Sturz zu fordern. Sie hielten es nicht für nötig,

vor Mai 1990 demokratische Wahlen abzuhalten.

Aber die Massen, besonders die Arbeiter und Jugendlichen in Sachsen, waren damit nicht zufrieden. Täglich wuchs der Ärger über das Regime. Die Aufdeckung der massiven Korruption und des im Vergleich zu den von ihnen gepredigten „sozialistischen Idealen“ luxuriösen Lebensstils der alten Herrscher untergrub das Regime weiter.



Die kapitalistische Vereinigung als scheinbar einziger Ausweg

In dieser Situation sahen immer größere Teile der Bevölkerung die Vereinigung als das Mittel, so schnell wie möglich die bürokratische Elite zu beseitigen, demokratische Rechte zu sichern und den Lebensstandard zu erhöhen. Auf der Grundlage dieser Hoffnungen wuchs unter den Arbeitern die Unterstützung für den „Markt“, d.h. den Kapitalismus, und schuf die Voraussetzung für die Übernahme der DDR durch die deutschen Kapitalisten.

Die deutsche herrschende Klasse wurde von der Revolution in der DDR überrascht. Sie wußte nicht, was sie tun sollte. Anfangs war die Mehrheit der Herrschenden im Westen nicht scharf darauf, die DDR zu übernehmen. Dann, nach einer Zeit des Zögerns, entschieden sie sich aus einer Reihe von Gründen für eine schnelle Übernahme der DDR.

Einer dieser Gründe war die erreichbare Ausdehnung ihrer Macht und die Rücknahme der letzten Auswirkungen der Niederlage im Zweiten Weltkrieg, besonders der Abzug der sowjetischen Armee.

Aber entscheidend war die Notwendigkeit, die sehr unsichere Situation in der DDR im Zaume zu halten, die Revolution zu stoppen und zu verhindern, daß massenhaft Menschen aus dem Osten in den Westen ziehen. So fand die staatliche Vereinigung sehr schnell im Laufe einiger Monate statt, völlig anders als zum Beispiel die Integration des Saarlandes in die BRD, die zwei Jahre (1957-59) dauerte.

Wie in jeder Revolution gab es sehr schnelle Meinungsumschwünge. In einer Spiegel-Umfrage vom Dezember 1989 sagten 71 Prozent „Die DDR soll ein souveräner Staat bleiben“ und nur 27 Prozent unterstützten die Ansicht „Die DDR soll mit der BRD einen gemeinsamen Staat bilden“. Bezeichnenderweise fanden 82 Prozent die wirtschaftliche Situation in der DDR „schlecht“ oder „sehr schlecht“. 98 Prozent machten die „Funktionäre“ für die Situation verantwortlich. Aber nur 4 Prozent sagten, sie würden CDU wählen – drei Monate später gewann die CDU 40,9 Prozent und die von ihr geführte „Allianz für Deutschland“ 48,1 Prozent.

Die Vorstellung, daß die alte Bürokratie an der Macht bleiben sollte, wurde immer heftiger abgelehnt. Weil keine starke politische Kraft eine sozialistische Alternative aufzeigte, führte dies zur Forderung nach einer schnellen Vereinigung und dem Vorziehen der DDR-Volkswahlwahlen auf den 18. März.

Die CDU führte einen Wahlkampf, in dem sie eine schnelle, schmerzlose Anhebung des Lebensstandards versprach. Auf dieser Grundlage stieg die Unterstützung für die CDU sprunghaft an und führte zu einem überragenden Sieg.

Nachdem sich die deutschen Kapitalisten einmal entschieden hatten, die DDR zu übernehmen, war schnelles Handeln nötig. Die ersten Schritte dahin waren die Unterordnung der DDR-Wirtschaft unter die der BRD, was durch die Einführung der DM nach dem 2. Juli sichergestellt wurde, und zweitens die Zerschlagung jedes möglichen Widerstandes innerhalb der DDR. Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft konnte Fortschritte machen, nachdem die Kapitalisten ihren Staats-

apparat und somit die Kontrolle im Osten etabliert hatten.

Die Arbeiter protestierten gegen jede geringere Tauschrate als 1:1 für die Ostmark. Kohl erfüllte diese Forderung im April 1990 – gegen die Opposition der Bundesbank – weil es zu diese Zeit politisch nötig war, die Unterstützung der Arbeiter für die Vereinigung zu erhalten und sich einen vorübergehenden „sozialen Frieden“ zu erkaufen. Die Bewegung für einen Umtauschkurs von 1:1 zeigte schon vor der Vereinigung, daß die Unterstützung für die CDU von den Ergebnissen abhing, die sie lieferte.

Deshalb sank die Unterstützung für die CDU seit der Vereinigung mit dem Verfall der Wirtschaft stark ab. Viele Menschen im Osten haben das Gefühl, daß nun, nach dem Sturz der SED-Elite, ihr Leben von den Bossen des Westens abhängig geworden ist.



Weder Stalinismus noch Kapitalismus!

Die Fragen, die 1989 auf der Tagesordnung standen, sind noch unbeantwortet: Wie können

ein ausreichender Lebensstandard gesichert, Privilegien aufgehoben und die Arbeiter in die Lage versetzt werden, die Kontrolle über ihr Leben selbst auszuüben. Nun beginnen viele sich zu fragen, ob Stalinismus und Marktwirtschaft die einzigen Alternativen sind. Die Tatsache, daß der Zeitpunkt für die wirtschaftliche Erholung im Osten immer weiter hinausgeschoben wird und daß die Wirtschaft im Westen am Rande einer Rezession entlangschlittert, liefern die besten Argumente für Sozialismus.

Leider kämpfen die Führer von SPD und Gewerkschaften nicht für eine sozialistische Alternative, sondern unterstützen grundsätzlich die Weiterexistenz des Kapitalismus und akzeptieren die kapitalistischen Argumente, z.B. daß sowohl im Osten wie im Westen die Löhne niedrig gehalten werden müßten.

Das entstehende politische Vakuum versuchen die extreme Rechte und die Faschisten auszubeuten. Viele Arbeiter sind durch die Arbeitslosigkeit wie gelähmt. Aber das wird nicht ewig so bleiben.

Die Ereignisse seit 1989 haben begonnen, die Illusionen zu zerschlagen, die der DDR-Bevölkerung verkauft worden waren. Der Zusammenbruch von Produktion und Lebensstandard in den früheren stalinistischen Ländern, die sich verschärfende Rezession in vielen Ländern und die Sparpolitik, die von praktisch jeder europäischen Re-

gierung durchgeführt wird – all das zeigt, daß der Kapitalismus keine Garantien für die Zukunft geben kann. Erst kürzlich zeigte die massive Spekulation auf den internationalen Geldmärkten, wie der „Markt“ ganze Volkswirtschaften ruinieren kann.

Wir haben schon jetzt erlebt, wie sich neue Proteste entwickelten: Streiks und Betriebsbesetzungen, die ostdeutsche Betriebsräte-Initiative oder Proteste gegen Mieterhöhungen. Die wird gestellt: Warum kann der Kapitalismus den Arbeitern keine soziale Sicherheit bieten? Trotz all' ihrer Schwächen und trotz der stalinistischen Diktatur war die DDR dazu in der Lage. Für Millionen von Menschen im Osten heute werden die Hoffnungen in die Zukunft untergraben.

Das bereitet den Weg für neue Bewegungen im Osten, die einen großen Einfluß auf den Westen haben werden. Eines haben die Arbeiter und Jugendlichen seit 1989 gelernt: Massenaktionen können Veränderungen bewirken. Durch die Verbindung von Kampf, Erfahrung und die Arbeit von sozialistischen Aktivisten werden Arbeiter im Osten und im Westen zu dem Schluß kommen, daß die echten Ideen des Sozialismus die wirkliche Alternative sowohl zu Kapitalismus als auch zu Stalinismus darstellen. Dann werden die eigentlichen Ziele der Revolution von 1989 verwirklicht werden, diesmal für ganz Deutschland.

Robert Bechert, Köln

„Es mußte einfach knallen“

René Henze, VORAN-Unterstützer aus Rostock, lebte 1989/1990 in Ost-Berlin. Er war im Mai/Juni 1989 Mitbegründer des „Revolutionären Autonomen Jugendverbandes“ (RAJV). RAJV organisierte Jugendliche, die in Opposition zum SED-Regime und zur staats-treuen „Freien Deutschen Jugend“ standen. Die Bezeichnung „Autonom“ bezog sich auf die Unabhängigkeit von Staat und Partei und wurde von der Mehrheit der Aktivisten nicht als Anlehnung an die Politik der westdeutschen Autonomen Szene verstanden. Wir fragten René nach seiner Sicht der Ereignisse.

schon ein Grummeln verspürt, wie wenn sich ein Sturm ankündigt. Ende 1988, Anfang 1989 wurde das ganz deutlich. Die Leute haben in der Kneipe offen gesprochen über Versorgungsmängel, die Sachen, die im Betrieb falsch laufen usw. Die SED versuchte, gerade auch den Wind aus Moskau durch Verbote abzublocken, aber anders als vielleicht noch in den 70ern und noch Anfang der 80er Jahre, als es noch aufwärts ging, ließen sich die Probleme nicht mehr wegdrücken.

Wie kam es zu der Demo am 7. Oktober in Berlin und ab wann war deutlich, daß das Regime in der Luft hing?

Für mich selber war das schon im Sommer klar, daß es einfach knallen mußte. Honni und Co. haben auf die Massenflucht und die Proteste geguckt

Als die Demo dann schnell auf etwa 10.000 anwuchs, schlug die Polizei zu. Man merkte aber gleich, daß sie völlig unvorbereitet war. Sie wollten die 14-, 15-, 16-jährigen Fackelträger von der Feier am Vortag als Bollwerk einsetzen. Wenn wir ein wirklich wilder Mob gewesen wären, wären die platt gewesen. Bis auf ein paar Hardliner waren am Anfang nur ganz normale Polizisten da, teilweise sogar ohne Knüppel. Erst zum Schluß der Demo wurde dann koordiniert und hart vorgegangen, vor allem von den dann eingesetzten Stasi-Truppen.

Wie hast Du die Maueröffnung am 9. November erlebt, und was waren zu der Zeit Deine Erwartungen für die weitere Bewegung?

Die Maueröffnung war ein guter Schachzug der Bürokratie, hat ihr aber letzten Endes auch nichts genutzt. Zuerst wollten sie ja nur Honni und ein, zwei hohe Tiere opfern, aber die Welle ging ja weiter 'runter, bis zu irgendwelchen Betriebsfürsten. Gerade als die Welle der Empörung über die ganze aufgedeckte Korruption wieder hochging, da plötzlich kam die Meldung, daß die Mauer aufging. Das war natürlich der Hammer für die Bevölkerung, auch für mich, ich hab's zuerst nicht geglaubt.

Leute wie Bärbel Bohley vom Neuen Forum sagten dann, „daß hätten wir nicht machen dürfen, das Volk wird verblendet, jetzt rennen die Leute alle dem Kapitalismus nach“. Dabei hätte das Neue Forum viel früher Auswege bieten müssen. Daß das ganze auf eine kapitalistische Konterrevolution hinausläuft, war dann spätestens mit der Maueröffnung deutlich. Es war klar, daß die Leute sich ablenken und blenden lassen, wenn sie das Warenangebot im Westen mit dem im Osten vergleichen. Aber zentral war eben, daß die Leute keinen Ausweg gesehen haben für die DDR, keinen Weg, wie man die Produktion wieder hochbringen kann.

Es gab Versuche, Räte zu bilden. Hier oben gab es einen Matrosenrat, in einem Leipziger Großbetrieb gab es einen Rat, bei den Beschäftigten im Berliner Tierpark usw. Es gab schon viele Versuche, unabhängige Komitees zu bilden, die als Machtorgane hätten dienen können. Aber das Neue Forum, das damals die führende Kraft war, hat versäumt, diese Ansätze auszubauen und zu vernetzen. Stattdessen saßen sie mit den Bürokraten am „Runden Tisch“. Und dadurch haben die Leute keinen Ausweg gesehen und sagten sich, daß im Wessiland ja alles tutti paletti ist – angeblich zumindest.



VORAN: Von außen erschien die DDR bis 1989 als ein recht stabiler Staat. War die Revolution für Dich vorhersehbar?

René: Lange Zeit dachten wir auch, hier ist das langweiligste Land der Welt, hier passiert nie etwas. Wenn man aber genau hinsah, tat sich schon früh unter der Oberfläche etwas. Die Versorgungslage wurde immer schlechter, es gab zum Beispiel in Rostock zeitweise keine Nudeln oder in Magdeburg keine Zahnbürsten. Wir haben darüber teilweise gelacht, aber für die betroffenen Leute war das schon eine happige Situation.

Bei uns in Berlin war die Versorgungslage ja auch immer recht gut. Aber unter der Oberfläche hat man

wie das berühmte Kaninchen auf die Schlange.

Zu den Protesten am 40. Jahrestag der DDR selber: der 7. war ja sowieso der Tag des Wahlbetrugs am 7. Mai. Jeden Monat am 7. trafen sich seit dem Mai Jugendliche auf dem Alexanderplatz und veranstalteten ein Lachkonzert, Trillerpfeifenkonzert oder sonst etwas, aber eher defensiv als offensiv.

Am 7. Oktober kam dann eins zum anderen. So gegen 17.00 Uhr kamen 'se wieder alle angeflogen und es entwickelte sich relativ spontan eine Demo. Es ging dann zum Palast der Republik, wo Honni gerade mit Gorbatschow seinen Schnack hielt. Honni wurde von uns ein Geburtstagsständchen gebracht, es kamen immer wieder Rufe nach Gorbatschow.

Europa im Aufruhr

Westeuropa befindet sich am Rande einer Rezession und auf den internationalen Finanzmärkten herrscht Chaos. Die Arbeitnehmer sollen nach dem Willen der Kapitalisten und ihrer Regierungen für die Krise ihres Systems bezahlen. Dagegen formiert sich der Widerstand mit Protesten bis hin zu Generalstreiks in Griechenland, Italien und Spanien.

Trotz beispielloser Werbekampagne werden die Maastrichter Verträge von den Lohnabhängigen europaweit abgelehnt. In Bonn waren ursprünglich 5,5 Millionen vorgesehen, um Stimmung für Europa zu machen. Nach dem „Nein“ der Dänen wurden nochmals 17 Millionen für die Europa-Werbung draufgesetzt. Dennoch gibt es in Deutschland keine Mehrheit für die Maastrichter Verträge. In Britannien sprachen sich laut „Times“ Anfang Oktober 68 Prozent gegen das Europa der Konzerne aus. Auch bei der Abstimmung in Frankreich waren über 60 Prozent der ArbeitnehmerInnen und kleinen Bauern gegen Maastricht.

In Schweden und Norwegen wächst der Widerstand gegen einen EG-Bei-

tritt. In Norwegen stieg die Zahl der EG-Gegner im Oktober auf 53 Prozent (laut Umfrage der Zeitung „Dagbladet“).

Hinter den Anstrengungen für ein „gemeinsames Europa“ steckt das Ziel, Europa auf Kosten der Arbeiter gegenüber den Konkurrenten Japan und USA wirtschaftlich aufzurüsten. Übrigens werden auch die Militärausgaben in keinem EG-Land spürbar gesenkt. Im Noch-Nicht-EG-Land Schweden wird der Rüstungsetat 1992 im Vergleich zum Vorjahr sogar deutlich angestockt.

Arbeiterführer unterstützen Bosse

Nötig wäre jetzt, daß die Führer der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien sowie der Gewerkschaften in ganz Europa den Widerstand gegen die Angriffe organisieren. Aber das Gegenteil ist der Fall.

Im Dezember setzt sich die DGB-Führung mit der Kohl-Regierung und den Arbeitgebervertretern an einen Tisch. Ziel dieser „Konzertierten Aktion“ ist ein Sparpaket, wie es in den meisten europäischen Nachbarländern bereits geschnürt wurde. In Schweden hat die bürgerliche Regierung gemein-

sam mit führenden Sozialdemokraten in 10 Tagen 2 „Krisenpläne“ verabschiedet. In Italien hat die Vier-Parteien-Koalition unter dem „Sozialisten“ Amato das größte Sparprogramm seit Kriegsende beschlossen. In Holland, Belgien oder Österreich regiert bereits offen eine „Große Koalition“. In Griechenland hat die bürgerliche Regierung mit Kürzungen und Korruption dort weitergemacht, wo die sozialistische PASOK-Regierung 1990 aufgehört hatte.

Die Proteste im Europa von 1992 zeigen, daß die Arbeiterbewegung genug hat von rotem und schwarzen Filz, von direkten und indirekten Großen Koalitionen, von einer „Europäischen Union“, hinter der sich ein Europa der Konzerne verbirgt.

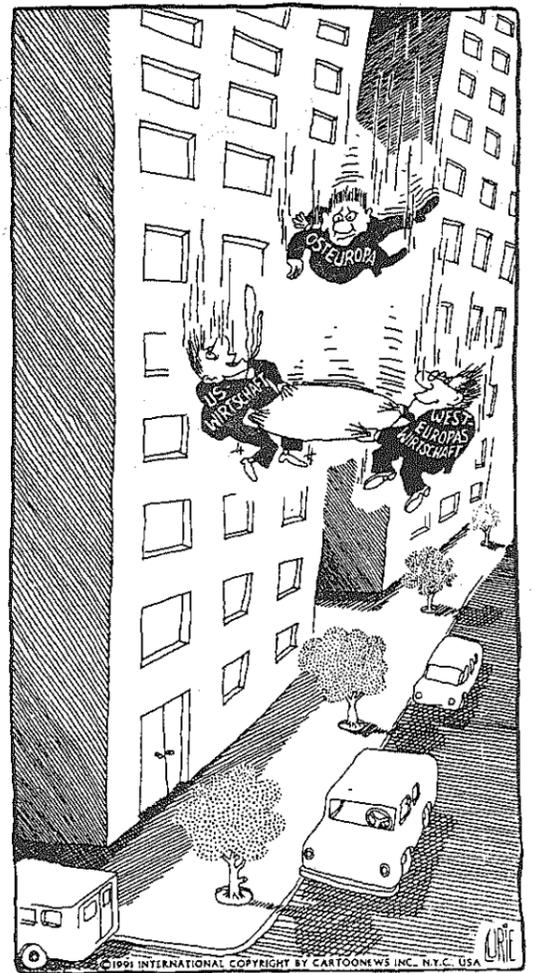
In Spanien nahm die Mehrheit der Beschäftigten am 28. Mai 1992 am zweiten Generalstreik in der Geschichte des Landes teil, der sich gegen ein „EG-Angleichungsprogramm“ richtete.

In Griechenland wendete sich die Arbeiterklasse mit drei Generalstreiks in drei Wochen im September gegen den Generalangriff der bürgerlichen Regierung.

Ein halbes Jahr bevor in der EG alle Grenzen fallen sollen, haben Fernfahrer

in diesem Sommer in Frankreich alle Grenzen dichtgemacht und über 150 Barrikaden errichtet. Bauern unterstützten die landesweite Blockade und legten die Eisenbahnstrecke zwischen Lyon und Marseille lahm, um gegen die EG-Agrarpolitik zu protestieren.

VORAN ist für ein vereinigtes Europa, ist aber gegen EG und Europäische Union, die in Brüssel nur Bosse und Bonzen zusammenbringen. Der erste Schritt zu einer wirklichen Vereinigung ist der gemeinsame Kampf der Arbeiter West- und Osteuropas gegen die Unternehmer und die Sparprogramme der Regierungen und für ein sozialistisches Europa.



„Keine Angst, wir retten dich!“

Schweden

Kurzer Prozeß mit dem Sozialstaat

„Wir haben uns wie eine große Familie gefühlt und auch herzlich gelacht“, so beschrieb eine schwedische Ministerin die Stimmung, als am 20. September 1992 Regierung und sozialdemokratische Opposition ein Sparpaket ausarbeiteten, wie es das Land noch nicht gesehen

hat. Die schwedischen ArbeitnehmerInnen werden dafür um so weniger zu lachen haben und familiäre Gefühle gegenüber diesen Politikern werden sie so schnell sicher nicht mehr entwickeln.

Kohl, Stihl und die Murmänner und Möllemänner müssen angesichts des

munteren Kahlschlags vor Neid erblaßt sein. Gerade vier Tage brauchten bürgerliche Regierung und sozialdemokratische Opposition, um das weltweit gepriesene „Sozialstaatsmodell Schweden“ aus den Angeln zu heben und die Sparmaßnahmen durchzuführen, die das Kapital derzeit auch in der BRD vorbereitet: So wird Krankheit in Schweden mit einem Karenztag und deutlichen Einkommenseinbußen zu einer teuren Angelegenheit, das Rententaler wird von 65 auf 66 erhöht, die Krankenversicherung wird nicht mehr staatlich, sondern privat finanziert.

Damit nicht genug. Innerhalb von zehn Tagen wurde das zweite Krisenpaket beschlossen: Kürzung des Urlaubsanspruchs von nicht gerade üppigen 5 Wochen um zwei Tage, Mehrwertsteuererhöhung auf Lebensmittel von 18 auf 21 Prozent, Senkung der Unternehmerabgaben in die Staatskasse um 5 Prozent.

Große Sparkoalition

So wie CSU-Seehofer für seine Gesundheitsreform die Unterstützung der SPD brauchte, so wie Kohl und Konzernbosse für ihren „Solidarpakt“ mit den Reichen jetzt die SPD-Opposition brauchen, so benötigte die bürgerliche Minderheitsregierung in Schweden die sozialdemokratische Opposition für ihren Sparkurs. Der sozialdemokratische Parteichef Carlsson ließ sich nicht zweimal fragen. Er erinnerte an die „Krisenspenster der dreißiger Jahre“, die man nur mit „außergewöhnlichen Maßnahmen“ verschrecken könne. Das alles ist nötig, „damit Schweden vor dem Abgrund gerettet wird“.

Vor einem Jahr kassierte die Führung der schwedischen Sozialdemokratie das schlechteste Wahlergebnis seit 1928. Das lag bestimmt nicht nur am Ruf von Spitzenkandidat Carlsson, dem man nachsagt, „das Charisma einer Schuhsohle“ zu besitzen. Wichtiger war den WählerInnen wahrscheinlich die Erfahrung mit einer reformistischen Politik, der in der kapitalistischen Wirtschaftskrise nichts anderes einfällt, als Reformabbau: Anti-Gewerkschaftsgesetze, Steuererhöhungen für die Lohnabhängigen, Steuergeschenke für die Spitzenverdiener – die größten Angriffe auf den „Wohlfahrtsstaat“ seit fünf Jahrzehnten. Die schwedische Sozial-

demokratie – für die SPD-Spitze jahrelang Vorbild – hat bis zu ihrem Sturz im Herbst 1991 eine Politik betrieben, von der Kohl und Möllemann nur träumen können, die der schwedischen Arbeiterklasse dagegen schlaflose Nächte bereitet hat.

Tiefe Wirtschaftskrise

Schweden steckt in der schwersten Wirtschaftskrise seit 1945. Die Industrieproduktion hat 1991 gegenüber 1990 um 8,6 Prozent abgenommen. 1993 soll die Produktion im dritten Jahr hintereinander rückläufig sein; erwartet wird ein Minus von 1-2 Prozent. Die Zeit der Vollbeschäftigung gehört der Vergangenheit an. In den letzten beiden Jahren hat sich die Arbeitslosigkeit von

menbruch des ganzen Finanzsystems zu verhindern.

Das Ende des „Schwedischen Modells“ wird auch damit begründet, daß sich Schweden für Europa fit machen muß. Bis 1995 wird die Vollmitgliedschaft in die EG angestrebt. „Wir müssen Schweden auf dem Weg in die EG viel stärker den dort üblichen Standards anpassen“ (Carlsson).

Ohne Mithilfe von Carlsson und Co. würde diese bürgerliche Minderheitsregierung keinen Tag länger bestehen. Die letzte konservative Regierung, 1976-82, scheiterte kläglich dabei, die kapitalistische Krise auf die Schultern der Arbeiterklasse abzuwälzen. Ihre Politik provozierte damals sogar einen Generalstreik.

Widerstand der Arbeiter

Von der sozialdemokratischen Parteiführung ist nichts zu erwarten. Einen Anfang hat die sozialistische Opposition gemacht. In einer beispiellosen sechsmonatigen Kampagne erreichte die unabhängige sozialistische Organisation *Offensiv*, daß die LO (der schwedische DGB) am 6. Oktober 1992 zu einem nationalen Protesttag der Gewerkschaften aufrief. Insgesamt nahmen 400.000 Beschäftigte an den Demonstrationen teil. Das waren mehr, als in den letzten Jahren am 1. Mai auf die Straße gingen. Damit hat die LO zum ersten Mal seit den Anti-Gewerkschaftsgesetzen 1928 eine politische Massenbewegung auf die Beine gestellt.

Regierung und sozialdemokratische Führung planen jetzt einen zwei Jahre dauernden Lohnstopp. Doch der 6. Oktober hat dazu beigetragen, daß der Graben zwischen der Spitze von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern größer geworden ist. So wird die Gewerkschaftsführung kein leichtes Spiel dabei haben, sich mit dem 6. Oktober zu begnügen. Während der Gewerkschaftsapparat darin eine einmalige Protestaktion sah, sehen *Offensiv* und viele wieder aktiv gewordene Gewerkschaftsmitglieder in dem 6. Oktober nur den Auftakt zu einer Bewegung, die zum Sturz der Bildt-Regierung führen kann.

Alle Artikel auf dieser Seite:
Aron Amm, Stuttgart
Jungsozialist.

Wirtschaftskrise und Währungschaos

In den letzten beiden Jahren hat die Einverleibung der DDR dem BRD-Kapitalismus eine Sonderkonjunktur beschert. Dagegen stagniert die Wirtschaft in Griechenland oder in der Schweiz. Britannien steckt in der längsten Rezession seit den 30er Jahren. Finnland befindet sich in einer Depression. In Schweden hat sich die Arbeitslosigkeit in 12 Monaten verdoppelt – auf Rekordhöhe seit 1945, Tendenz steigend. Das Wachstum der europäischen Industrieländer betrug 1991 gerade 1,2 Prozent.

Mittlerweile ist die deutsche Sonderkonjunktur durch die Einverleibung der DDR abgelaufen. Übrig bleibt eine drastisch gestiegene Staatsverschuldung und eine Aufblähung der Kreditmenge. Da 2/3 der Gelder in den Konsum gingen und damit sofort versickerten, stellen die Schuldenberge heute eine enorme Hypothek dar – nicht nur für die deutsche, sondern auch für die europäische Wirtschaft. Denn während andere europäische Staaten versucht haben, durch niedrige Zinsen die Konjunktur wieder anzukurbeln, hat die Bundesbank die Zinsen hochgedrückt, um der Inflation zu begegnen. Die deutsche Hochzinspolitik hat dazu geführt, daß die Frankfurter Börse ausländisches Kapital wie ein Magnet angezogen hat.

Paradoxerweise kam das gesamte Europäische Währungssystem (EWS) gerade dann durcheinander, als die Bundesbank die Zinsen endlich senkte. Warum? Weil die Bundesbank die Zinsen gerade um 0,5 Prozent senkte,

die niedrigste mögliche Zinssenkung, und damit alle Hoffnungen auf wirkliche Niedrigzinsen zerstörte.

Wie war es möglich, daß das britische Pfund in 24 Stunden 10 Prozent von seinem Wert verlieren konnte? Wie war es möglich, daß die Wechselkurse der verschiedenen europäischen Währungen in drei Tagen völlig aus den Fugen gerieten? Warum traten Italien und GB über Nacht aus dem EWS aus?

Der große Knall auf dem Geldmarkt hat letztlich nur die derzeitige wirtschaftliche Schwäche der kapitalistischen Staaten Europas zum Ausdruck gebracht. Das EWS wurde erst 1979 in einem Jahr des wirtschaftlichen Aufschwungs gegründet. Nachdem es die erste Zerreißprobe (die Weltwirtschaftskrise 1980-82) mit Mühe und Not überstand, konnte es am Beginn der 90er Jahre wie ein Kartenhaus zusammenfallen – so wie der Vorläufer des EWS, die „Währungsschlange“, die in der ersten Weltwirtschaftskrise Mitte der 70er Jahre auseinanderfiel.

Die bis spätestens 1999 angestrebte „Europäische Wirtschafts- und Währungsunion“ wird deshalb niemals Wirklichkeit werden. Schließlich werden die Beschlüsse für den gemeinsamen Binnenmarkt bereits heute ständig unterlaufen. So haben zum Beispiel Spanien, Portugal und Irland jetzt neue Kapitalverkehrsbeschränkungen eingeführt, obwohl der freie Kapitalverkehr in der EG bereits seit 1. Juli 1990 gilt.

Großbritannien

Proteste erschüttern Regierung

In den 80er Jahren wurde Großbritannien von den Sprechern des Kapitals zum kapitalistischen Musterstaat erklärt. Ein Volk von lauter Kapitalisten, wo jeder, der nur recht fleißig ist, auch sein Glück machen kann.

In den 90er Jahren zeigt sich, daß Großbritannien in der Tat ein kapitalistischer Musterstaat ist. Nur heißt die typische Entwicklung im Kapitalismus eben Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Angriffe auf die Arbeiterklasse und immer noch gute Gewinne für die Bonzen und Spekulanten.

Mit umgerechnet 30 Milliarden Mark versuchte die Regierung allein am letzten Tag vor der Abwertung ihrer Währung und dem Austritt aus dem EG-Wechselkursystem das Pfund zu retten. Geld, das direkt in die Taschen der Börsenspekulanten wanderte.

Rezession ohne Ende

Dieselbe Politik führte dazu, daß allein im ersten Halbjahr 1992 jeden Tag 150 Eigenheime zwangsversteigert wurden, weil die Besitzer die hohen Zinsen nicht mehr bezahlen konnten. 300.000 Arbeiter sind mehr als sechs Monate mit ihren Ratenzahlungen im Rückstand. Das Umschuldungsprogramm, das die Regierung vor neun Monaten zur Rettung von kleinen Hausbesitzern groß angekündigt hatte, hat bisher ganzen 25 Familien geholfen!

Inzwischen befindet sich Großbritannien im zweiten Jahr einer Wirtschaftskrise und auch für 1993 wird ein weiterer Rückgang in der Produktion erwartet. Die Arbeitslosigkeit hat jetzt offiziell die 3 Millionen-Grenze überschritten und soll noch bis auf 3,5 Millionen ansteigen. Neue Pläne liegen schon auf dem Tisch – die Privatisierung des Gesundheitswesens, Angriffe auf Renten und Sozialhilfe, Streichung von bis zu einer Million Stellen im öffentlichen Dienst.

Während Thatcher in den 80er Jahren ihre Angriffe aber aus einer Position der Stärke führen konnte, steht die Major-Regierung schon ein halbes Jahr

nach ihrer Wahl auf sehr wackeligen Beinen. Beim Parteitag der konservativen Tory-Partei, der sonst immer eine Jubelveranstaltung für den Regierungschef war, brachen offene Tumulte über die Politik der Tory-Regierung aus. Auch vom Unternehmerverband kommen Forderungen nach mehr staatlichen Hilfen für die Wirtschaft – genau das Gegenteil der hochgelobten Politik der 80er Jahre.

Offensive Stimmung der Arbeiterklasse

Den zerstrittenen und orientierungslosen Kapitalisten steht eine Arbeiterklasse gegenüber, die sich nicht mehr

alles gefallen läßt. Nach dem Vorbild der Anti-Poll Tax-Kampagne, wo eine neue Steuer durch massiven Zahlungsbeykott verhindert werden konnte und Thatcher abgesetzt wurde, gründen sich jetzt in Schottland Initiativen gegen die geplante Privatisierung der Wasserversorgung. Ebenso wie kein Gerichtsvollzieher bisher in das Haus eines Steuerboycotteurs eindringen konnte, werden diese Initiativen verhindern, daß die neuen Wasserzähler in den Häusern installiert werden.

Bei seinem Angriff auf die Bergarbeiter hat sich Major gründlich verrechnet. Die Bergarbeiter sind entschlossen, ihre Jobs zu verteidigen und aus der ganzen Arbeiterklasse kommt Solidarität. Die

Führer der oppositionellen Labour Party sind allerdings in der Logik ihrer eigenen Politik gefangen, die den Kapitalismus bedingungslos verteidigt. Sie haben offenbar Angst davor, selbst an die Regierung zu kommen und verzichten darauf, die Arbeiterklasse für den Sturz Majors zu mobilisieren.

Wenn der Widerstand der Führer der Arbeiterbewegung überwunden werden kann und die Bergarbeiter mit ihrer Forderung nach einem Generalstreik Erfolg haben, könnte dies das Ende von 13 Jahren Tory-Herrschaft und der Beginn einer neuen Offensive der Arbeiterklasse sein.

Kai Ruoff, Stuttgart
Jungsozialist



Am 25. Oktober demonstrierten mehr als 200.000 in London gegen die Regierung

„Die Kumpel werden kämpfen“

Interview mit Gary Ironmonger, Bergarbeiter aus Yorkshire

Am Rand der europaweiten Demonstration gegen Rassismus und Faschismus in Brüssel am 24. 10. hatte Kai Ruoff Gelegenheit, mit Gary Ironmonger, Bergarbeiter aus Barnsley/Yorkshire und Unterstützer unserer britischen Schwesterzeitung *Militant*, über den Kampf der Bergarbeiter zu sprechen.

Kai: Gary, wie haben die Kumpel auf die Ankündigung reagiert, daß 31 von 41 Bergwerken dichtgemacht werden sollen?

Gary: Zunächst überwog eine Stimmung von Wut und Verzweiflung. Die Niederlage nach über einem Jahr Streik 1984/85 steckt den Kollegen noch in den Knochen. Andererseits müssen wir kämpfen. In den Bergbaubereichen gibt es keine anderen Jobs. Die meisten, die nach dem Streik 1984/85 rausgeworfen wurden, sind immer noch arbeitslos. Inzwischen hat sich die Stimmung geändert, vor allem wegen der großen Solidarität aus anderen Bereichen. Am Tag, als die Zechenschließungen im Parlament behandelt wurden, haben 200.000 in London demonstriert. Viele Eisenbahnarbeiter, deren Jobs durch die Zechenschließungen auch bedroht sind, haben aus Solidarität mit uns gestreikt, ebenso Arbeiter in Kraftwerken.

Im Parlament wurde ja ein Kompromiß erreicht. Statt 31 sollen jetzt nur 10 Zechen sofort dichtgemacht werden, die anderen erst später. Hilft euch das weiter?

Was da am Mittwoch erreicht wurde, ist kein Kompromiß, nur ein Ablenkungsmanöver, mit dem die Tories Zeit gewinnen wollen. Die anderen Bergwerke sollen trotzdem dichtgemacht werden. Seit 1985 sind rund 120 Bergwerke dichtgemacht worden, von 250.000 Bergarbeitern vor dem Streik sind heute noch 50.000 übrig.

Was steckt hinter diesen Stilllegungsplänen?

Auf keinen Fall wirtschaftliche Vernunft. Seit 1985 stieg die Produktivität um 155 Prozent und die britische Kohle ist heute die billigste in Europa. Der Chef der Kohlebehörde hat selber gesagt: Wenn Kohle gleich subventioniert würde wie andere Energieträger, dann könnten die Bergwerke ihre Kohle verschenken, sie kostenlos ausliefern, den Kraftwerken noch 10 Pfund pro Tonne zusätzlich geben, und sie würden immer noch gute Gewinne machen. Aber die Kohlenbergwerke stehen gerade den Profitinteressen der privaten Energiewirtschaft im Weg und außerdem möchten die Tories einen der aktivsten Teile der Arbeiterklasse loswerden. Das ist die späte Rache für die Streiks 1984/85 und in den 70ern.

Und wie wird es jetzt weitergehen?

Die Kumpel werden um ihre Jobs kämpfen. Sogar der Chef der Streikbrecher-Gewerkschaft „Union of Democratic Mineworkers“ (UDM) mußte eine Woche lang ein Bergwerk besetzen, das geschlossen werden soll. Das zeigt, daß von den Kumpels Druck da ist, ebenso haben wir die Solidarität der Beschäftigten aus anderen Bereichen gesehen. Wir werden uns gegen jede Zechenschließung wehren und fordern die Besetzung all' der Gruben, die geschlossen werden sollen. Die Bergarbeitergewerkschaft National Union of Mineworkers (NUM) fordert vom TUC (der britische DGB) einen 24-Stunden-Generalstreik. Wenn der TUC nicht mitzieht, soll die NUM das alleine aufziehen und die anderen Arbeiter zur Solidarität auffordern. So können wir unsere Jobs retten und endlich die

Heißer Herbst in Italien

Fast 10 Millionen Arbeiter und Angestellte folgten am 13. Oktober dem Aufruf ihrer Gewerkschaften zu einem vierstündigen Generalstreik. In zahlreichen Städten kam es zu Protestkundgebungen gegen die Sparpolitik der Regierung Amato.

Die Streiks wurden nur von der Rifundazione Comunista (RC, Linksabspaltung der einstigen kommunistischen Partei) ernsthaft unterstützt.

Der Unmut der Arbeiter richtete sich nicht nur gegen die Kapitalisten und ihre parlamentarischen Handlanger, sondern auch gegen die rechte Gewerkschaftsführung. Sie hatte im Juli der Abschaffung der Scala mobile (automatische Angleichung der Löhne an die Inflationsrate) zugestimmt, eine mehr als 40 Jahre alte Errungenschaft der Arbeiterbewegung. Wegen der inflationstreibenden Wirkung der Lira-Abwertung bedeutet dies drastische Reallohneinbußen für die Arbeiter.

Doch damit nicht genug: der „sozialistische“ Regierungschef Amato ging noch im Sommer zum Generalangriff über, Sozialabbau an allen Fronten war angesagt. Die Heraufsetzung des Rentalters auf 70 Jahre bei gleichzeitiger Verminderung der Leistungen, Gebühren- und Steuererhöhungen, ein zweijähriger Lohnstopp für Staatsangestellte, sowie eine weitgehende Privatisierung des Gesundheitswesens sollen das Haushaltsdefizit um 93.000 Milliarden Lire (über 100 Milliarden Mark) verringern. Der soziale Kahlschlag wird mit der angeblich notwendigen

wirtschaftlichen Angleichung an die anderen EG-Staaten begründet. Die Maastrichter Verträge dienen als Vorwand, um die Arbeiterklasse für die Mißwirtschaft des korrupten italienischen Staates zur Kasse zu bitten.

Diese Politik stieß bei den Arbeitern auf massiven Widerstand. Im ganzen Land breitete sich eine kämpferische, fast revolutionäre Stimmung aus. Ende September beteiligten sich Hunderttausende an Protestkundgebungen, bei denen die rechten Gewerkschaftsführer von ihrer wütenden Basis mit faulen Eiern und Tomaten empfangen wurden. An manchen Orten wurden die kompromißlerischen Funktionäre sogar mit Schrauben und Metallbolzen attackiert.

Von den aufgebracht Massen zum Handeln getrieben, riefen die Bosse der Gewerkschaftsverbände CGIL, UIL und CISL zu einer Reihe zeitlich begrenzter regionaler Streiks und schließlich zum landesweiten Generalstreik am 13. 10. Obwohl der Generalstreik auf 4 Stunden begrenzt war, sah sich die Regierung gezwungen, einige der Kürzungen im Sozial- und Gesundheitsbereich zurückzunehmen. Dies ist jedoch nur der erste Schritt im Kampf gegen die unsoziale Politik der Regierungssozialisten und ihrer Verbündeten.

Damit der rote Oktober kein Strohhalm bleibt, ist es nötig, daß die RC an die Basisaktivisten der Gewerkschaften, der PDS (ehem. KP) und PSI (sozialistische Partei) appelliert, um einen gemeinsamen Kampf der Arbeiterbewegung gegen das Kapital und seine Regierung zu führen.

Christine Eiber, Jungsozialistin und JRE-Aktivistin, Stuttgart

Israel/Palästina

„Krieg der leeren Mägen“

Unter dieser Bezeichnung läuft bei vielen Palästinensern die plötzliche Wiederbelebung der Intifada in der West Bank und dem Gaza-Streifen seit Anfang Oktober.

Mach Dir bewußt, was vier Tage oder eine Woche hungern bedeutet. Jetzt stell Dir noch den unglaublichen Mut der 5.000 palästinensischen politischen Gefangenen vor, die mindestens 14 Tage lang gehungert haben, um gegen die Bedingungen in israelischen Gefängnissen zu protestieren.

28 Forderungen wurden gestellt, einschließlich nach dem Stopp der Folter und Mißhandlungen durch die Wärter, der Entlassung von 105 Gefangenen aus Isolationshaft im Ramle-Gefängnis und die Schließung aller Isolations-Blöcke. Der Protest hat insgesamt 16 Gefängnisse erfaßt.

Von fast jeder palästinensischen Familie in Gaza oder West Bank sitzt ein Angehöriger im Knast. Unterstützung für den Kampf breitete sich in den besetzten Gebieten explosionsartig aus. Allein am 7. Oktober sind 90 Palästinenser nur im Gaza-Streifen von israelischen Soldaten angeschossen worden – ein 14-jähriger erlag seinen Verletzungen. Die Bewegung vergrößerte sich noch, als Nimr Assad (26) am 15. 10. im Hungerstreik starb.

Der neue israelische Premierminister Rabin wurde vom Westen als großer Friedensstifter gefeiert. Jetzt hat er seine Maske fallen gelassen: „Die israelische Armee hat den Befehl, jede mögliche Maßnahme innerhalb der Gren-

zen des Gesetzes zu ergreifen um mit den Unruhen fertig zu werden – sei es durch Ausgangssperren, Straßensperren oder militärische Gewalt.“, so O-Ton Rabin nach einem Besuch des Gaza Streifen.

Die Wucht und Kühnheit der Proteste verdeutlicht den Frust der palästinensischen Massen über das Versagen ihrer Vertreter, in den Friedensverhandlungen mit dem israelischen Staat irgendwelche greifbaren Fortschritte zu erreichen.

Tatsache ist nämlich, daß diese „Vertreter“ im Verlaufe des Jahres ständig Zugeständnisse – teilweise entscheidende – an die Israelis gemacht haben, ohne jegliche Verbesserungen für das tägliche Leben gewöhnlicher Palästinenser zu erreichen. Die letzten Wochen haben bewiesen, daß die Unterdrückung genauso brutal ist wie früher.

Nach 14 Tagen Hungerstreik hat die Regierung fast allen Forderungen der Gefangenen zugestimmt. Der Streik wurde für eine Woche ausgesetzt, um die Einführung der Zugeständnisse zu testen. Falls sie nicht eingeführt werden, geht der Streik weiter.

Die Gefangenen haben in zwei Wochen mehr erreicht, als ein Jahr Verhandlungen in der Friedenskonferenz. Weit weg von den feudalen Konferenzsälen mit ihren bequemen Sesseln haben die palästinensischen Massen wieder einmal bewiesen, daß für jeden Fortschritt entschlossene Massenaaktionen entscheidend sind.

Artikel von Vincent Caprani, übersetzt aus der britischen marxistischen Wochenzeitung *Militant*

Leserbriefe

schreibt uns Eure Meinungen, Erlebnisse, Kommentare...

Einige konträre Gedanken zum Sport

Die Bonner Vertreter des Finanzkapitals zeigen uns eindringlich, was Klassenkampf ist, wie tief und höllisch sie den Sozialismus hassen. Also ist die Abwertung und Demütigung der DDR-Sportler, die ihrer sozialistischen Erziehung nicht fluchen wollen, wahrlich kein Wunder.

Für mich war dagegen die ganze DDR-Sport-Akrobatik nicht nur uninteressant, sondern sie war geradezu Verrat an der hohen proletarischen Moral. Selbst der sozialdemokratisch gelenkte ATV lehnte eine Beteiligung an der bourgeoisen Rekordflexerei der Olympiaden ab. Die Chinesen versuchten unter Mao eine Spartakiade in Indonesien durchzuführen, um aus dem Geldsacktrubel der Olympiaden herauszukommen. Bei dem ganzen Zirkus geht es schon mehr um Seiltänzerakrobatik für Geld, Gold - und nochmals Gold.

Für Ulbricht, Honecker und ihre gehorsamen Jünger ging es um das Ansehen der DDR und nicht um die Gesundheit des zur Artistik gedrillten jungen Menschen, der manchmal direkt geschädigt wurde (z. B. Boxen).

Prof. Julius Schaxel schrieb 1929 in der „Urania“: „die Arbeitersportorganisation verbinden die Körperschulung mit der Gemeinschaftserziehung. Nicht Rekordflexerei, sondern die Wechselwirkung von Körperschulung und Erziehung macht den Massensport zum Übungsmittel des Klassenkampfes der Arbeiter. Die Befreiung des Körpers ist

für jeden ein wichtiger Abschnitt auf dem Weg zur Freiheit. Einmal errungen darf sie nicht wieder verloren gehen ... Mit der Entsklavung des Körpers gehört er nicht mehr zu verantwortungslosen Verschleuderung, sondern die Klasse und die werdende Gemeinschaft hat ein Recht auf ihn.“

Wenn einige Dutzend überforderte Menschen da wie Schauspieler, sinnlos herumkraxeln und Millionen schauen schreiend zu (von überkandidelten Fans vor Ort bis zu den Fernsehapparaten), dann ist das kein Sport mehr, sondern Massenmanie, die nur vom Klassenkampf ablenken soll. Sinn und Ziel erhält der Sport nur, wenn die passiven Zuschauer zu aktiven Massensportlern werden.

Das war der Sinn der Arbeitersports. Lassen wir die Bourgeoisie auf ihrem durch Betrug und Schiebung, durch Geld und Profit stinkenden Misthaufen sitzen! Treibt der Werktätige seinen eigenen Sport, nach seinen Fähigkeiten, allein oder in Gemeinschaft! Nur das hat Sinn! (...)

So ist der Sport, der einst der Gesundheit dienen sollte, durch den Fäulnischarakter des Imperialismus zu einer stinkenden Maschinerie der Raffgier geworden. Das gilt für die meisten Sportarten. „Pecunia non olet“ (= Geld stinkt nicht) ist falsch. Pecunia = Mamon nach der Bibel, verbreitet widerlichen Leichengeruch. Meidet ihn!
Ernst Diedrich, Warin

In VORAN Nr. 145 berichteten wir über die rechtsradikalen Tendenzen bei einem Teil der Leipziger Jusos. Als Reaktion auf diesen Bericht entstand der im folgenden dokumentierte Brief:

Offener Brief an die „Jungen Sozialdemokraten“ und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) Leipzig

Wir fordern den Ausschluss der Leipziger Jusos aus dem Stadtjugendring!

Bis vor einiger Zeit haben wir noch geglaubt, mit jungen Sozialdemokraten im Kampf gegen Rassismus, Faschismus und Militarismus in einer Reihe stehen zu können.

In der 125jährigen Geschichte der SPD hat der aktive Kampf gegen Faschismus und Militarismus Tradition; nicht zuletzt sind Tausende Sozialdemokraten wegen ihrem Engagement in der Nazizeit verfolgt, vertrieben und ermordet worden.

Unter der Reichskriegsflagge haben deutsche Soldaten millionenfach getötet und gebrandschatzt, Europa in Schutt und Asche gelegt, sollten Völker zu Sklaven des Deutschen Reiches gemacht werden. Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hofften die Deutschen auf Versöhnung mit den durch Nazideutschland und Wehrmacht gepeinigten Völkern. Gerade auch Willy Brandt aus Ihrer Partei, der selbst Opfer war, suchte um Nachsicht für Deutschland in der Welt.

Was würde er, was würden alle alten Sozialdemokraten wie Herbert Wehner, Rudolf Breidtscheid, Wilhelm Liebknecht, August Bebel und viele andere sagen, wenn sie erfahren müßten, daß einige ihrer Enkel Reichskriegsflaggen in SPD-Büros hängen und die dritte Strophe des Deutschlandliedes in ihrem offiziellen Liederbuch propagie-

ren, als hätte es den Ersten und Zweiten Weltkrieg nicht gegeben. Was soll diese Flagge heute ausdrücken?

Genannte Fahne und die verbotene dritte Strophe der Hymne tauchen bei Aufmärschen faschistischer und rechtsradikaler Parteien und Gruppen auf, sind bei Überfällen auf Ausländer- und Flüchtlingsheime dabei. Die Reichskriegsflagge weht heute, wie 1933, neben der mit dem Hakenkreuz.

Neu ist für uns und sicher auch die meisten Jusos, daß die Reichskriegsflagge jetzt bei den Jungen Sozialdemokraten in Leipzig weht. Nicht nur Reichskriegsflagge, auch faschistisches Liedgut wird im Büro der Leipziger „Jungen Sozialdemokraten“ gepflegt.

Wir haben von diesen Vorgängen in Gesprächen mit Kölner Jusos erfahren. Ein Artikel in der SPD-Monatszeitung „VORAN“ vom Oktober (Nr. 145, Seite 3) bestätigt diese Tatsachen:

„Eine Gruppe sogenannter junger Sozialdemokraten verbreiten in Leipzig rassistische Parolen, propagieren die drei Strophen des Deutschlandliedes und hängen die Reichskriegsflagge in ihrem Büro auf. Sie werden gespon-

sert von örtlichen SPD-Abgeordneten.“ Außerdem berichtete kürzlich das MDR-Fernsehmagazin „Fakt“ über die offenbar rechtsradikalen Tendenzen der Jungen „Sozialdemokraten“.

Wir verurteilen diese skandalöse Symbolik, mit der rechtsextremes Gedankengut verherrlicht wird. Wir protestieren entschieden gegen diese Art der Traditionspflege bei der SPD Leipzig. Wir fragen uns: Weshalb wird dies in der SPD geduldet? Wie glaubhaft ist das sozialdemokratische Auftreten gegen Rechtsradikalismus, wenn dieser in der eigenen Partei gedeiht? Versperren solche Erscheinungen nicht jungen Leuten den Weg zur Sozialdemokratie in Leipzig - oder will sie gar ein Anziehungspunkt für militaristische, „deutsch-nationale“ Kräfte werden? Was wird die Leipziger SPD-Gliederung dagegen unternehmen?

Sollte sich die Gruppe der Leipziger Jusos nicht von dem rechtsradikalen Gedankengut distanzieren, sehen wir uns gezwungen, am 30. November auf der Vollversammlung des Stadtjugendrings ihren Ausschluss zu fordern.

Abschließend möchten wir betonen, daß wir gegenüber Leipziger Jusos gesprächsbereit bleiben.

Leipzig, im Oktober 1992

Unterzeichner: AG „Junge Genossinnen“ Leipzig, MJV Leipzig, Linke Studentinnengruppe (LSG/Universität Leipzig), Vereinigte Linke Leipzig, ANTIFA - Bund der Antifaschisten Leipzig.

Kampffonds

Geld für den Kampf gegen Rassismus

Der spektakuläre Erfolg der Demo von Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) am 24.10. in Brüssel zeigt, daß die Idee einer internationalen antirassistischen Bewegung auf große Resonanz, vor allem bei Jugendlichen, gestoßen ist.

VORAN hat hier eine sehr wichtige Rolle zu spielen. Als Initiatoren der ersten Gruppen haben wir die Bewegung stets mit politischem Material beliefert, unter anderem mit der Zeitung selbst als Berichterstatter für JRE in Deutschland, aber auch mit Broschüren, Buttons, T-Shirts, etc. Außerdem hat VORAN seine Büros, Mitarbeiter, Telefon und Fax zur Verfügung gestellt, was enorme Kosten verursacht hat.

VORAN ist eine sozialistische Zeitung, die sich aus den regel- und unregelmäßigen Spenden von Arbeitnehmern und Jugendlichen finanziert. Der Kampffonds ist die Kasse, in die diese Spenden fließen und aus der wir unsere laufenden Kosten bestreiten. Im 3. Quartal erzielten wir insgesamt 10.209 DM oder 65% vom Ziel - Tendenz steigend!

Daß die erfolgreiche Arbeit von VORAN für den Aufbau von JRE auch finanziell von Lesern und Unterstützern honoriert wird, zeigen die Kampffonds-Ergebnisse der letzten Wochen.

Alexandra Grundmann, Versicherungsangestellte aus Köln, spendete 700 DM, damit eine dringende Computerreparatur vorgenommen werden konnte. Wolfram Klein, Student aus Stuttgart, überwies bereits im September 500 DM, damit Verkaufsmaterial für die Kampagne rechtzeitig bestellt werden konnte. Herzlichen Dank an Euch und alle anderen, die für VORAN gespendet haben. Insgesamt wurden in den ersten drei Oktober-Wochen 3.266,04 DM für den Kampffonds überwiesen.

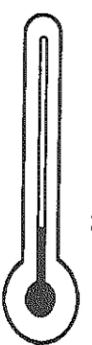
Wegen der gestiegenen Ausgaben und der großen Möglichkeiten, die uns die Ereignisse und Aufgaben der nächsten Wochen bieten, haben wir uns ein

Ziel von 21.000 DM bis zum Jahresende gesetzt. Der nächste wichtige Termin ist der 9. November, Jahrestag der Reichspogromnacht. In fast allen Orten finden Demos oder Kundgebungen statt. Neben T-Shirts, Buttons, etc. haben wir was neues in unserer Verkaufspalette: Trillerpfeifen, die in Brüssel unüberhörbar zum Einsatz kamen! Sie bringen Stimmung in jede Demo - egal, ob man damit eine gute Rede begrüßen oder einen unbeliebten Redner zum Schweigen bringen will! (zum Beispiel am 8. November in Berlin). Außerdem sind sie unentbehrliches Zubehör für aktive Antifaschisten sowie Mädchen und Frauen, die sich vor Überfällen schützen wollen. Verkaufspreis ist 2 DM, bestellt sie also schnellstens bei uns, solange der Vorrat reicht.

Ebenso wichtig im politischen Terminkalender aller Antirassisten und Sozialisten sollte der Sonderparteitag der SPD in Bonn sein. Denkt bitte auch daran, größere Kampffonds-Beträge möglichst umgehend an uns zu überweisen, denn wir haben permanent Rechnungen zu begleichen, die aus dem Materialeinkauf für Eure Verkaufsfaktiven resultieren.

Fiz Garvie, Redaktion

Ziel 21.500,-
4. Quartal 1992



3.226,04

Spendenkonto:
VORAN, Kto.-Nr. 2500 59-430
Postgiroamt Essen, BLZ 360 100

Schleswig-Holstein: Katholikenproblem lösen!

Um es gleich vorweg zu sagen: Wir haben nichts gegen Katholiken. Im Gegenteil, jeder Katholik, der sauber ist und hier seit Jahren Steuern zahlt, ist uns willkommen. Wir wehren uns nur dagegen, daß wir Schleswig-Holsteiner durch den Zustrom von schwarzen Schafen und ihren bischöflichen Hirten unsere kulturelle Identität verlieren.

Leider ist es den meisten Katholiken aufgrund ihrer fundamentalistischen Einstellung bisher nicht gelungen, ihre naturreligiöse Vorstellung von Sexualität, nach der sexuelle Handlungen nur zum Zwecke der Fortpflanzung ausgeübt werden dürfen, abzulegen. Das führt dazu, daß diese Bevölkerungsgruppe, die wir einst als Gäste in unser Land riefen, sich hier vermehren wie die Karnickel in der Geest. Sind es nicht jene Katholiken, die durch ihre Ablehnung jeglicher Form von Empfängnisverhütung in erheblichem Umfang zur Verschärfung von Problemen wie Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit beigetragen haben und damit die Stabilität der D-Mark in Gefahr bringen?

Nach Untersuchungen des Landes kriminalamtes Bayern wurde eindeutig nachgewiesen, daß 78,47% aller bayrischen Straftäter Katholiken sind. Allein diese Zahl macht schon deutlich, daß der drastische Anstieg der Kriminalität in den letzten Jahren nicht unabhängig vom Katholikenproblem betrachtet werden darf. Noch stellen die Katholiken in unserem Schleswig-Holstein eine Minder-

heit dar, doch alleine in der Zeit von 1961 bis 1987 hat sich diese Zahl um mehr als 22% auf 157.000 erhöht. Schon das Symbol, das die Katholiken anbeten, das Bildnis eines Gefolterten am Kreuz, ist ein beredtes Zeugnis der latenten Gewaltbereitschaft dieser Gruppe. Muß es erst soweit kommen, daß sich keine schleswig-holsteinische Frau mehr aus Angst vor den Katholiken auf die Straße traut?

Nach wie vor stehen eine Vielzahl der religiösen Rituale der Katholiken im eklatanten Widerspruch zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Hierzu nur zwei Beispiele: Während das Grundgesetz Ehe und Familie unter den besonderen Schutz der Gemeinschaft stellt, verbietet die katholische Kirche ihren Priestern kategorisch die Eheschließung und Familiengründung. Während nach dem Grundgesetz Männer und Frauen gleichberechtigt sind, ist es den Frauen in der katholischen Kirche verboten, Priesterin zu werden.

Muß es erst soweit kommen, daß der Erzbischof von Köln die Macht an sich reißt, um das Grundgesetz außer Kraft zu setzen und einen sogenannten Gottesstaat ohne demokratische Legitimation zu errichten?

Bereits jetzt sind die negativen Einflüsse der Katholiken auf die deutsche Wirtschaft erkennbar. Die hohe Zahl religiöser Feiertage führt zu Produktionsverlusten in Milliardenhöhe. Dies hat die Konkurrenzfähigkeit, z.B. zur japanischen Industrie, in der so gut wie keine Katholiken arbeiten,

erheblich beeinträchtigt. Muß die deutsche Wirtschaft erst völlig am Boden liegen, bis die Katholikenflut eingedämmt wird?

Die Katholiken haben einen eigenen Staat, eine Heimat, in der sie nicht unterdrückt und verfolgt werden. Wenn sie zu uns kommen, geschieht dies in der Regel nur aus wirtschaftlichen Gründen, obwohl der Vatikan das höchste Pro-Kopf-Einkommen der Welt hat. Müssen wir am Ende noch alle 900 Millionen Katholiken der Erde bei uns aufnehmen?

Nein, wir können das Katholikenproblem dieser Welt nicht alleine lösen, und die zunehmende Katholikenfeindlichkeit in Schleswig-Holstein erfordert ein sofortiges Eingreifen und Handeln:

- Wir schlagen deshalb vor:
- Abweisung aller Katholiken an den Grenzen Schleswig-Holsteins!
- Sofortige Abschiebung aller kriminellen Katholiken in den Vatikan!
- Erteilung einer befristeten Aufenthaltsgenehmigung für Katholiken nur bei Nachweis eines Arbeitsplatzes!
- Abschaffung des Wahlrechtes für Katholiken!
- Ausweisung aller Katholiken bei Sozialhilfebezug und Arbeitslosigkeit!
- Unterbringung aller Katholiken in Gemeinschaftsunterkünften!
- Ausweisung der Katholiken bei Verfassungsfeindlichen Aktivitäten!

Das Boot ist voll! Stoppt die Katholikenflut!

Das Original des obigen Textes ist ein Flugblatt, das am 1. Mal in Kiel verteilt wurde.

Ich möchte **VORAN** unterstützen und bitte um weitere Informationen

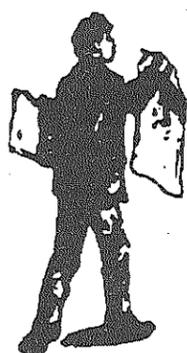


Name

Anschrift

Telefon

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 02 21 / 13 45 04



Ich möchte

- VORAN abonnieren, 10 Ausgaben zu 18,- DM
- zusätzlich _____ Exemplare von jeder Ausgabe zum Weiterverkaufen (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- ein VORAN-Förderabo zu DM _____ beziehen (ab 30,- DM)
- NEU: ein VORAN-„Schnupperabo“, 3 Ausgaben zu 5,- DM

Name, Anschrift, Telefon

Bitte Summe auf Spendenkonto überweisen (s. Kampffonds). Keine automatische Abo-Verlängerung.

IG Metall-Gewerkschaftstag

Friedensangebot an Regierung und Bosse

Bis vor kurzem sah es noch so aus, als ob zumindest die Gewerkschaften weiterhin Opposition gegen Regierung und Kapital machen. Im Frühjahr gab es Streiks im öffentlichen Dienst und bei den Banken. Diese Streiks hatten enorme Unterstützung bei den Beschäftigten und der Masse der Bevölkerung. „Endlich zeigt es denen da oben mal jemand“, war die Stimmung.

Nicht die Propaganda von Regierung und bürgerlicher Presse bestimmte die öffentliche Meinung, sondern die Argumente der Gewerkschaften. Als das Bonner Kabinett vor den Sommerferien ihren Beschluß über die Einführung von Karenztagen fällte, rief die IG Metall unterstützt von den anderen DGB-Gewerkschaften zu politischen Streiks auf, die auf enorme Resonanz stießen.

DGB und Einzelgewerkschaften kündigten dieser Regierung einen heiß-

en Herbst an. Hätten sie dies in die Tat umgesetzt, könnten jetzt nicht die Rassistinnen und Neofaschisten das politische Klima bestimmen.

Ähnlich wie in Großbritannien, wo die Bergarbeitergewerkschaft den Kampf gegen die Regierung aufgenommen hat und dabei von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wird, könnten die Gewerkschaften hierzulande den Unmut gegen die Regierung aufgreifen und für ihren Sturz kämpfen.

Steinkühler fordert Solidarpakt

Der Gewerkschaftstag der IG Metall hat deutlich gemacht, daß die Führung der IG Metall, der größten Einzelgewerkschaft im DGB, dazu nicht bereit ist. Das wichtigste Anliegen von Steinkühler war, den Delegierten und der Mitgliedschaft ihr berechtigtes Selbstbewußtsein ein Stück weit zu nehmen. Seine zentrale Botschaft: solange die Auftragsbücher voll waren, konnten wir immer noch was rausholen, jetzt

wo die Wirtschaft lahm und die deutsche Einheit finanziert werden muß, gibt es nichts mehr zu verteilen.

Steinkühler hatte auch keine Schwierigkeiten, einer Regierung einen Solidarpakt vorzuschlagen, die die 35-Stunden-Woche als „dumm und töricht“ bezeichnete, die mit der Änderung des 116 Arbeitsförderungsgesetzes die Gewerkschaften, allen voran die IG Metall, zu knebeln versuchte, die eine massive Umverteilungspolitik von unten nach oben betrieb. Für die IG-Metall-Führung gibt es offensichtlich nur eine Vorbedingung: keine gesetzlichen Öffnungsklauseln für Tarifverträge. Dafür sind Steinkühler und Zwickel aber bereit, per Tarifautonomie auf Realloohnerhöhungen zu verzichten.

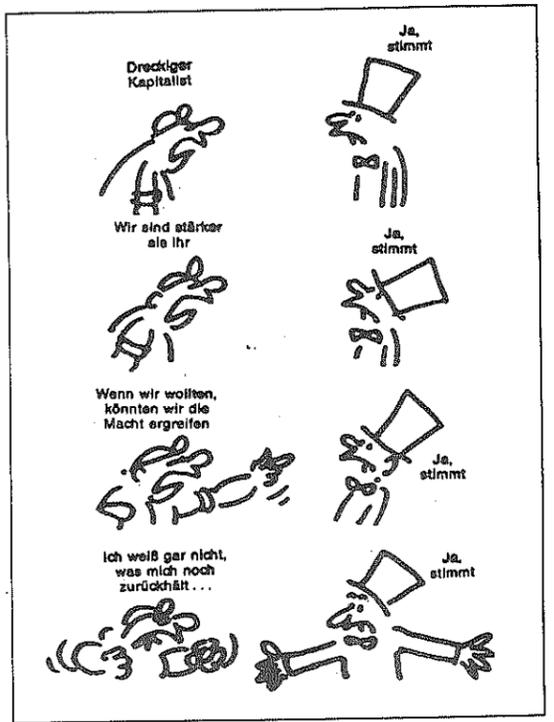
In einem Interview mit der Financial Times während des IG Metall-Kongresses sagte Steinkühler: „Wir wären froh, wenn wir für die nächsten fünf Jahre einen Pakt schließen könnten, der unsere Reallöhne schützt. Das wäre eine gute Basis für einen Solidarpakt.“ Den Ost-Delegierten, die ihre ganze Hoffnung

auf eine kämpferische Gewerkschaft setzen und selbst zum Kampf bereit sind, machte die IGM-Führung klar, daß sie zu hohe Erwartungen hätten und daß Selbstorganisation von unten, wie im Falle der ost-deutschen Betriebsräteinitiative, vom Frankfurter Hauptquartier nicht erwünscht sind.

Unzufriedenheit der Basis

Das hervorragende Wahlergebnis für Franz Steinkühler kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß in den Reihen der IG Metall die Unzufriedenheit mit der eigenen Führung größer wird. Der letzte Tarifabschluß in der Metallindustrie sorgte für Unmut an der Basis. Die Kampfereitschaft, die sich durch die massive Beteiligung an Warnstreiks ausdrückte, wurde nicht in einen entsprechend hohen Abschluß umgesetzt. Genauso wie die der ÖTV bekam die Führung der IG Metall bei der Urabstimmung über das Ergebnis der letzten Lohnrunde in der Stahlindustrie keine Mehrheit.

Und auch die Delegierten auf dem Kongreß nahmen Steinkühlers Wende nicht widerspruchlos hin. Die Frankfurter Rundschau stellte fest: „Selten sind auf einem Gewerkschaftstag der jüngeren Vergangenheit so oft die Worte ‚Kampf, Krieg, Waffen‘ gefallen“ (FR 14.10.92). Die tageszeitung registrierte: „Deutlich war die Sehnsucht nach klaren Fronten zum Kapitalismus“ (taz 13.10.92) und ein Delegierter aus Hessen bekam für seine Aussage „Wir



DGB. Und diesem Ruf sind die Drucker und Medienbeschäftigten auch bei ihrem diesjährigen Kongreß gerecht geworden. Die Führung und noch mehr die Delegierten gaben sich klassenkämpferisch. Sie lehnten einen „Solidarpakt“ mit dieser Regierung ab und forderten die Absetzung von DGB-Chef Meyer wegen seiner Befürwortung von Bundeswehreinräten in aller Welt.

Gewerkschaftstag der IG Medien

Allerdings gab es auch hier Zugeständnisse an die rezessive Wirtschaftslage. Detlef Hensche forderte die weitere Verkürzung der Arbeitszeit auf eine 30-Stunden-Woche, war aber bereit, Einkommenseinbußen in Kauf zu nehmen. Und selbst er wollte einen Solidarpakt nicht ganz ausschließen, setzte allenfalls höhere Vorbedingungen als die IG Metall-Führung.

Beide Kongresse haben eines deutlich gemacht: die Gewerkschaften brauchen eine Politik, die sich die Abschaffung des kapitalistischen Mißwirtschafts- und Krisensystems zum Ziel setzt, sonst wird sich genauso wie in der SPD der Anpassungsprozeß und

Mensapreiserhöhung

Sparen, wo kein Geld ist

Um 50 Pfennig pro Essen sind die Mensapreise für die Studenten in Nordrhein-Westfalen zum Semesteranfang erhöht worden. Für die Beschäftigten beträgt die Erhöhung in diesem Jahr 90 Pfennig. Hintergrund: Dem Land NRW fehlen im Haushalt der Studentenwerke 7,6 Millionen DM. Die SPD-Landesregierung kam zu dem Schluß, daß am ehesten bei Studenten und Beschäftigten zusätzliches Geld zu holen sei.

So lassen sich auch die Erläuterungen eines Vertreters des Wissenschaftsministerium gegenüber den Personalräten zusammenfassen.

Dahinter steht eine Strategie der Landesregierung, sich aus der Subventionierung der Studentenwerke zu verabschieden. Bis 1986 bezahlten die Studenten die Materialkosten, das Land die sonstigen Herstellungskosten. Anfang 1987 wurden die Studenten mit 10 Pfennig mehr pro Essen auch an den Herstellungskosten beteiligt. Studentenvertretungen und Personalräte warnten damals, dies sei der erste Schritt auf dem Weg den Studenten am Ende die gesamten Kosten anzulasten. 1990 wurden die Mensapreise aufgrund gestiegener Materialkosten um 40 Pfennig erhöht. Jetzt werden die Studenten mit nochmal 50 Pfennig pro Essen bei den Herstellungskosten zur Kasse gebeten. Das entspricht einer Preissteigerung für die meisten Essen zwischen 38 und 47 Prozent in zwei Jahren.

Gleichzeitig wurde das Essen um keinen Pfennig besser, die Warteschlangen aber noch länger, die Arbeitsbelastung für das Personal noch größer. Schon im kommenden Jahr könnten die Mensapreise wegen gestiegener Materialkosten erneut angehoben werden. Folge: Mehr Studenten weichen auf Angebote privater Frittenbuden und Pizzerien aus. Deren Preise werden langsam konkurrenzfähig, denn deren Beschäftigte werden schlechter bezahlt und sind in der Regel nicht sozialversichert. So führt die Politik der Landesregierung zu einer schlechenden Privatisierung der Studentenwerke, zu Arbeitsplatzabbau und zu Lohndrückerei.

Die Personalräte der Studentenwerke in NRW haben in einer Protestresolution die Preiserhöhung verurteilt und Landesmittel für die Subventionierung der Mensapreise gefordert. Ihr Vorsitzender, Manfred Engelhardt, kündigte einen „heißen Herbst“ mit gemeinsamen Aktionen von Beschäftigten und Studentenschaft an.

Es ist höchste Zeit, den Spieß umzudrehen. Die Studenten sind nicht Schuld an niedrigen BAFöG-Sätzen, zu geringen Elternfreibeträgen und hohen Mieten. Die Wirtschaft braucht Akademiker? Dann soll sie auch dafür bezahlen. Die Landesregierung soll das Geld dort holen, wo es ist. Die Wirtschaft hat in den letzten Jahren glänzend verdient. Für Hausbesitzer, Banken, Makler und Spekulanten war und ist die Wohnungsnot eine wahre Goldgrube.

Bei diesen Gruppen kann die Landesregierung ihre Sparmaßnahmen ansetzen.

Es stimmt, daß dem Land von der Regierung in Bonn die Finanzmittel gekürzt werden. Die Bundesregierung ist schließlich nur eine große Lobby des Kapitals. Der Ausweg darf aber nicht im Kampf gegen einkommensschwache Studenten und gegen das Personal der Studentenwerke gesucht werden.

SPD und Gewerkschaften müssen den Kampf gegen alle Sparpläne, die zu Lasten der Studenten und der Beschäftigten gehen, aufnehmen. Einer breiten Unterstützung, nicht nur aus den Reihen der unmittelbar Betroffenen, können sie sich dabei gewiß sein.

Georg Kümmel, Aachen
Jungsozialist

„Mitarbeiter, setzt Euch zur Wehr...“

Aufbruch bei Peguform

Nur durch eine undichte Stelle in der Konzernzentrale erfuhr der Betriebsrat von den Plänen der Manager, welche zur Stilllegung des Bötzingen Betriebes geführt hätten. Diese Pläne wurden durch die energische Gegenwehr der Gewerkschaftsmitglieder durchkreuzt.

Obwohl es in den bestehenden Betrieben zum Teil schon Kurzarbeit und Entlassungen gibt, sollte noch eine Fabrik zur Herstellung von Kunststoffteilen für die Automobilindustrie gebaut werden, wodurch die meisten der über 1.000 Kolleginnen und Kollegen in Bötzingen arbeitslos geworden wären.

Der Betriebsrat berief daraufhin eine außerordentliche Betriebsversammlung ein und die Gewerkschaftsmitglieder erstellten Flugblätter, wodurch die MitarbeiterInnen informiert und mobilisiert wurden. Viele ArbeiterInnen wurden auch selbst aktiv und machten Transparente für die Betriebsversammlung. Diese Versammlung war für die Manager alles andere als ein „Heimspiel“.

Auf den Transparenten und in den Redebeiträgen wurde ihnen Verrat an den Kolleginnen und Kollegen vorgeworfen und Streiks in Aussicht gestellt. Unter starkem Beifall drohte der Betriebsratsvorsitzende den Managern mit einem Kampf wie beim einstmaligen geplanten Atomkraftwerk Wyhl, von dem der aktive Widerstand gegen die Atomkraft in der ganzen BRD ausgegangen war.

Diese Drohungen und die offensichtliche Kampfereitschaft der Kolleginnen und Kollegen zwang die Manager, ihre Pläne zurückzunehmen. Ein weiterer Erfolg der gewerkschaftlichen Aktion ist der Zustrom von Neumitgliedern, welche die Basis für zukünftige Aktionen im Betrieb ständig verbessert.

Solche Aktionen werden auch bitter nötig sein, denn die Großkapitalisten und ihre Kohlregierung erfinden immer neue Tricks, um uns das Geld aus der Tasche zu ziehen und wollen nun auch die Folgen der von ihnen verursachten Wirtschaftskrise auf uns abwälzen.

Sigi Buttenmüller, Bötzingen
IG Chemie Betriebsrat



Demonstration des DGB gegen Sozialabbau 16. September 1992

brauchen wieder mehr erkennbare Wahrheiten“ heftigen Beifall.

Ein Delegierter aus Berlin gab bekannt, daß nach einem Umfrageergebnis im Bezirk Brandenburg 58 Prozent der Beschäftigten schon 1993 eine tarifvertragliche Gleichstellung wollen und nicht erst 1994. Daß die Ortsverwaltungen mit den Tarifabschlüssen der letzten Jahre unzufrieden waren, zeigt sich unter anderem auch daran, daß der Vorstand in sieben Anträgen aufgefordert wird, keine Forderung in die Öffentlichkeit zu bringen, bevor die Tarifkommissionen darüber entschieden hat. Neun Anträge fordern die Kündigung des Schlichtungs- und Schiedsabkommens. Der neugewählte Vorstand wird einige Schwierigkeiten haben, den Mitgliedern seinen neuen Lohnkurs zu verkaufen.

Zeitgleich mit den Metallern tagten die Delegierten der IG Medien. Die IG Medien bzw. frühere IG Druck und Papier steht traditionell links außen im

die Entmutigung der Mitgliedschaft fortsetzen. Und sie brauchen eine entsprechend kämpferische Führung.

Gewerkschaften und auch die SPD müssen von den aktiven Gewerkschaftern runderneuert werden. Es nützt allein nichts, wenn der SPD-Parteivorsitzende Engholm bei Gewerkschaftskongressen kühl empfangen wird. Ihm müssen die Leviten gelesen werden. Und es nützt nichts, wenn Detlef Hensche vor den Delegierten seiner Gewerkschaft stolz erklärt, daß er zwar seit 1969 Mitglied der SPD, aber noch nie aktiv gewesen sei.

Die Gewerkschaftsaktivisten dürfen nicht zulassen, daß sich ihre Führung zwar wortradikal von der SPD distanzieren, gleichzeitig aber Frieden mit dieser Regierung und diesem System schließt und nichts tut, um die SPD im Interesse der Arbeiterklasse zu verändern.

Ursel Beck, Köln
IG Metall- und SPD-Mitglied

VORAN

Zeitung der Marxisten in SPD, Jusos und Gewerkschaften

Nr. 146 - November 1992

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM

Jugend gegen Rassismus in Europa



Kampf dem Nazi-Terror!



Der 9. November, Jahrestag der Reichspogromnacht von 1938, wird der Anlaß für Demonstrationen gegen Nazi-Terror und rassistische Gewalt sein. Genau wie damals gegen die Juden findet heute täglicher Terror gegen Flüchtlinge statt, unterstützt durch die rassistische Kampagne von Regierung und Opposition gegen das Asylrecht.

Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) führt den politischen Kampf gegen die rassistischen Ablenkungsmanöver der Regierung und der Unternehmer, für die Einheit von deutschen und ausländischen Arbeitern und Jugendlichen.

Genauso wichtig ist jedoch der direkte Kampf gegen die Gewalt der Nazis auf der Straße. Hitler selbst wies 1934 auf die Möglichkeit hin, die Nazi-Pest im Keim zu ersticken: „Nur eines hätte unsere Bewegung stoppen können – wenn unsere Gegner ihr Prinzip verstanden hätten und vom ersten Tag an den Kern unserer neuen Bewegung mit aller Brutalität zerschlagen hätten.“

Deshalb führt JRE Aktionen gegen rassistische Angriffe durch, darunter Schutz von Flüchtlingsunterkünften vor Überfällen. Außerdem müssen wir gegen Naziaufmärsche und Veranstaltungen mobilisieren. Auf diesen Veranstaltungen haben die Neonazis die Möglichkeit, ihr rassistisches Gift zu verbreiten und ihre Angriffe auf Ausländer und Linke vorzubereiten.

Wir dürfen nicht zulassen, daß die Faschisten ungehindert ihre Ideen verbreiten können. Es darf keine Rede- und Versammlungsfreiheit für rechtsextreme Gruppen geben. Noch geben sich Schönhuber & Co demokratisch. Das Ziel faschistischer Bewegungen war und ist jedoch noch immer die Abschaffung demokratischer Rechte. So zerschlug Hitler nach der Machtergreifung SPD, KPD und die Gewerkschaften und verbot alle politischen Parteien.

Spätestens Rostock hat gezeigt, daß Staatsapparat und Polizei den Nazi-Terror nicht aufhalten können oder wollen. Während an diesem Wochenende rund 30 Polizisten zu

dem Wohnheim geschickt wurden, waren es bei der Gegendemo eine Woche später 3.000. Es gibt offensichtlich Kräfte im Staatsapparat, die die Neonazis unterstützen und ihnen die rassistischen Überfälle ermöglichen, hingegen linke und antirassistische Bewegungen unterdrücken.

Wir fordern daher alle Jugendlichen und Arbeitnehmer auf, mit JRE

den Kampf gegen Rassismus und Faschismus selbst in die Hand zu nehmen. Gleichzeitig fordern wir SPD, Gewerkschaften und andere linke Parteien auf, ihre Verantwortung wahrzunehmen und konsequent gegen Rassismus und Faschismus vorzugehen.

Simon und Marcus, Kassel
JRE-Mitglieder

Finsterwalde/Massen

Weiteres Nazi-Konzert droht

Mehr als 2000 Faschisten trafen sich am Tag der Einheit im Dorf Massen bei Finsterwalde. Am gleichen Tag fand in Dresden ein von der Polizei geschützter Aufmarsch von 600 Nazis statt.

Die Deutsche Alternative (DA) organisierte ein Konzert mit den Gruppen „Störkraft“ und „Endstufe“, welche in ihren Liedern nationalsozialistisches Gedankengut verbreiten. Angereist waren die Nazis aus ganz Deutschland, es kam sogar eine kleine Gruppe aus England.

Schon am frühen Morgen wurden die Zufahrtsstraßen nach Massen von der Polizei abgeriegelt. Eine Kontrolle der Personen und Autos ergab ein umfassendes Waffenpotential. Von Baseballschlägern über Motorradketten bis hin zu pyrotechnischen Waffen war alles vorhanden.

Das besetzte Haus in Finsterwalde

sowie die Konzerthalle in Lugau, wo sich zu diesem Zeitpunkt mehr als 200 Linke aufhielten, wurden vor eventuellen Angriffen vom Bundesgrenzschutz abgesichert.

Am gleichen Abend erfolgte noch die erste Gegenreaktion, ein Brandanschlag auf den Konzertraum der Nazis. Die Wirtin jedoch schien dies nicht zu stören, ihr gefallen wahrscheinlich die glatzköpfigen Idioten!

Gerüchte gehen um, daß am 17. Dezember ein weiteres Konzert der DA stattfinden soll. Wenn sich das bewahrheitet, werden wir es rechtzeitig bekanntgeben und zu einer Gegenaktion aufrufen.

In Brüssel haben wir vereint unsere Stärke bewiesen, laßt uns nun gemeinsam gegen die neuen Faschisten vorgehen! Wir hoffen auf Eure Unterstützung!

Jörg und Mandy,
Finsterwalde



Ordner schützten die JRE-Demo in Brüssel am 24. 10. 1992

JRE-Aachen aktiv gegen rassistische Gewalt

Am 30. September erfuhr die Aachener JRE-Gruppe von einem geplanten Nazi-Angriff auf eines der Asylbewerberheime in Aachen und Umgebung. Wir riefen der Reihe nach alle Leute an, die JRE während der Kampagne kennengelernt hatte, und forderten sie auf, sich im Hof (einem Platz im Stadtzentrum) zu versammeln.

Es kamen über 50 Leute zusammen, die bereit waren, Asylbewerber-

heime zu schützen. Zusammen mit anderen linken Gruppen organisierten wir „Streifen“, die die Asylbewerberheime regelmäßig kontrollierten. Diese hätten bei einem Angriff die restlichen Leute im Hof sofort telefonisch verständigt. Es ist möglich, daß die Faschos von unserer Aktion erfahren hatten – in dieser Nacht passierte jedenfalls nichts. Es gab natürlich auch einige Probleme zu bewältigen. Wir mußten zum Beispiel genügend Autos organisieren, um alle Leute schnell zum betreffenden

Heim zu bringen.

Insgesamt war die Aktion ein Erfolg. Wir haben relativ viele Leute in sehr kurzer Zeit versammelt. Das zeigt, daß viele Jugendliche nicht mehr bereit sind, den Terror der Nazis länger hinzunehmen. Während wir versuchen, SPD und Gewerkschaften beim Kampf gegen Faschismus und Rassismus in die Pflicht zu nehmen, müssen wir selbst die Initiative ergreifen und den Schutz von Asylbewerberheimen organisieren. Dazu ist vor allem notwendig:

- der Aufbau von funktionierenden Telefonketten mit kampfbereiten Leuten
 - die Organisation der Heimbewohner zur Selbstverteidigung
 - die Mobilisierung der Anwohner, um Angriffe frühzeitig zu verhindern (hierzu sollten zum Beispiel Flugblattaktionen in der Nachbarschaft von Asylbewerberheimen und gemeinsame Veranstaltungen mit Flüchtlingen und Anwohnern organisiert werden).
- Daniel, Aachen
Jungsozialist und JRE-Mitglied

Stoppt die SPD-Asylwende!